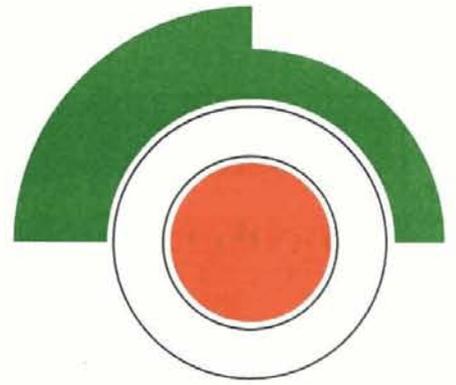


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 7



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 3.4.2001

## WORT UND WIDERWORT

### Braucht Nordrhein-Westfalen Stiftungshochschulen?

Für die SPD gelte: Sie nutze alle Wege zur Modernisierung der Hochschulen und zur Förderung ihrer Möglichkeiten zur Kooperation mit der Wirtschaft. Eine Scheindebatte unter dem Stichwort „Stiftungshochschule“, die Hochschulen wie kooperationswilligen Unternehmen nichts bringe, werde abgelehnt. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Dietrich Kessel**. Der CDU-Abgeordnete **Manfred Kuhmichel** betont, die CDU sage Autonomie und meine sie auch. Die Hochschulen dürften und sollten gestalten: ihre Studienpläne, ihre Schwerpunkte in Forschung und Lehre, ihre Organisation. Eine privatrechtliche Stiftungshochschule signalisiere Staatsferne und damit Handlungsfähigkeit. Der FDP-Abgeordnete **Professor Dr. Friedrich Wilke** stellt fest, die Mobilisierung von privatem Kapital zur Entlastung öffentlicher Haushalte sei unverzichtbar, indessen nicht das dominierende Anliegen. Leitmotiv von Stiftungshochschulen sei vielmehr die stärkere Privatisierung. Den Hochschulen müsse mehr Autonomie eingeräumt werden. Die GRÜNE-Abgeordnete **Dr. Ruth Seidl** merkt an, im Kern gehe es den Befürwortern um die formale Privatisierung bestehender öffentlich-rechtlicher Hochschulen, weil sie sich unter dem Stichwort „mehr Autonomie“ erhofften, die bestehenden Einflussmöglichkeiten von Seiten der Landespolitik zu unterlaufen. Dies sei der Grund, die Forderung nach „Stiftungshochschulen“ abzulehnen. (Seite 2)

### Behinderte und der Schutz vor sexuellen Übergriffen Anhebung des Strafrahmens gefordert

Die CDU-Fraktion hat im Landtag eine Resolution des Landschaftsverbandes Rheinland auf Anhebung des Strafrahmens des Paragraphen 179 Strafgesetzbuch unterstützt.

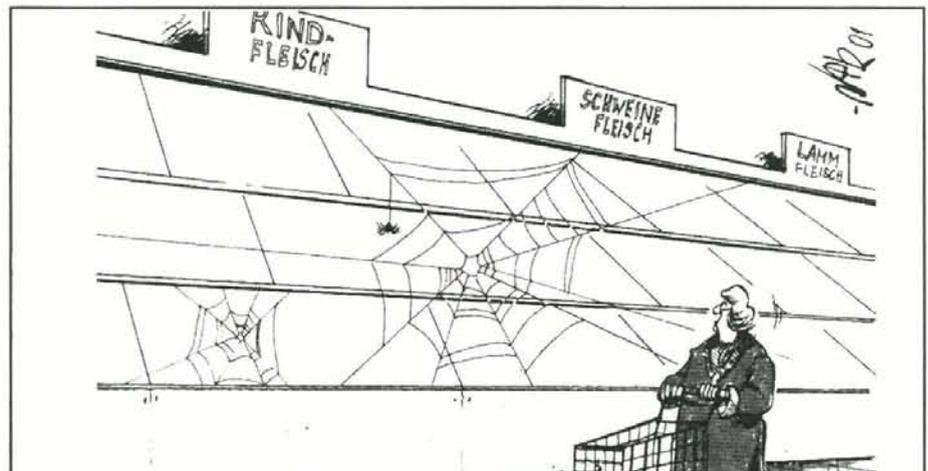
Der CDU-Abgeordnete Peter Biesenbach betonte im Plenum, der Strafrahmens des § 179 sei diskriminierend, da er den sexuellen Missbrauch und die Vergewaltigung widerstandsunfähiger Personen als weniger strafwürdig qualifiziere.

Der SPD-Abgeordnete Hans-Willi Körfges hielt es für ehrenwert und nachvollziehbar, sich für einen strafrechtlich gleichwertigen Schutz aller Menschen vor sexuellen Übergriffen einzusetzen. Dabei sei besonders das Anliegen, behinderte Menschen in gleicher Weise zu schützen, absolut unstreitig.

Für die FDP-Fraktion erklärte der Abgeordnete Dr. Robert Orth: „Wir wollen nicht, dass ein Täter zukünftig noch durch den Umstand begünstigt werden kann, dass sein Opfer widerstandsunfähig war.“

Sybille Haußmann, GRÜNE-Abgeordnete, bekräftigte, man sei sich in dem Bestreben einig, behinderte und nichtbehinderte, widerstandsunfähige und widerstandsfähige

Opfer gleichzustellen. Justizminister Jochen Dieckmann (SPD) stellte fest, es bedürfe keiner Diskussion, dass erst recht Diskriminierung durch gesetzliche Vorschriften nicht hinnehmbar sei.



Fastenzeit

## Die Woche im Landtag

### Generaldebatte

Das Landesparlament hat nach einer Generaldebatte den Haushalt 2001 in dritter Lesung mehrheitlich verabschiedet.

(Seite 3)

### Einzelpläne

Über viele Stunden hat der Landtag die Einzelpläne des Haushalts 2001 von Wirtschaft bis Finanzen am zweiten Beratungstag erörtert.

(Seite 5)

### Polizei

Bei der Polizei sollen ab 2002 nur noch Einstellungen in den gehobenen und höheren Dienst vorgenommen werden.

(Seite 12)

### Seuche

Alle Fraktionen haben im Landwirtschaftsausschuss an die EU appelliert, vorbeugende Schutzimpfungen gegen Maul- und Klauenseuche zu ermöglichen.

(Seite 13)

### Strafverbüßung

Der Petitionsausschuss verhalf einer verurteilten Mutter mit zwei Kleinkindern zu einem Platz im Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg.

(Seite 15)

### Mutter Courage

Sie stand als erste Frau an der Spitze des Parlaments. Die ehemalige Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, Ehrenname Mutter Courage, wird 70.

(Seite 17)

Zeichnung: Nik Ebert (Rheinische Post)

## WORT UND WIDERWORT

# Hochschulen brauchen Reformen und Innovationsschübe

Von  
Dietrich Kessel

Allein durch Wiederholungen gewinnt ein Thema nicht an Bedeutung. Diese Erfahrung musste die CDU-Fraktion nach der von ihr beantragten Anhörung von Experten zur Frage, ob die Einführung von Stiftungshochschulen eine sinnvolle Ergänzung der Hochschullandschaft in NRW sei, machen.

Nachdem sie bereits 1998 und 1999 – ohne dass dies in den NRW-Hochschulen auf Resonanz gestoßen wäre – versucht hat, für das Thema Interesse zu finden, bleibt zu hoffen, dass sie die Realitätsferne ihrer Überlegungen nun erkennt. Denn völlig zu Recht weisen Experten darauf hin, dass die Rechtsform einer Hochschule sekundär sei,

### SPD: Modernisierung im Dialog statt neuer Scheindebatten

wenn es darum gehe, die Leistungskraft der Hochschulen im internationalen Wettbewerb zu stärken.

Die Hochschulen des Landes NRW befinden sich z. Z. in einer Umbruchsituation, wie sie bundesweit ihresgleichen sucht. Mit dem am 1.4.2000 verabschiedeten Hochschulgesetz sind die Voraussetzungen für eine Flexibilisierung und Verselbständigung der Hochschulen geschaffen worden; die aktuell diskutierte Umsetzung der Empfehlungen des Expertenrates stellt einen weiteren Meilenstein auf dem Weg der Hochschulen zu mehr Autonomie und Profil dar.

Deshalb gilt: Wir nutzen alle Wege zur Modernisierung unserer Hochschulen und zur Förderung ihrer Möglichkeiten zur Kooperation mit der Wirtschaft. Eine Scheindebatte unter dem Stichwort Stiftungshochschule, die Hochschulen wie kooperationswillige Unternehmen nichts bringt, lehnen wir ab.

Von  
Manfred Kuhmichel

Die CDU hat für NRW Stiftungshochschulen ins Gespräch gebracht. In einem Antrag vom 22. August 2000 hatte die CDU die Landesregierung aufgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Modellvorhaben zur Gründung von Stiftungshochschulen in NRW zu entwickeln und zügig umzusetzen. Ein solches Modell hat zum Ziel, die Autonomie der Hochschulen zu fördern, den Wettbewerb der Hochschulen untereinander zu intensivieren und die Finanzierung durch privates Engagement auszubauen.

Eine Expertenanhörung im Januar unterstützte den CDU-Vorstoß, wonach die Umwandlung einer staatlichen Hochschule in eine Stiftungshochschule ein vielversprechendes Modell darstellt. Der Rektor der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf z. B. kann sich eine solche Umwandlung seiner Hochschule prinzipiell vorstellen.

In einer Anfangsphase muss der Staat als Stifter fungieren. Nach und nach werden die öffentlichen Mittel

### CDU: Wichtige Bereicherung für NRW-Hochschullandschaft

durch private ersetzt. In Deutschland fehlt allerdings noch eine entsprechende Stiftungskultur.

Die CDU fordert daher eine grundlegende Reform des Stiftungsrechtes mit weitreichenden steuerlichen Vergünstigungen. Die Hochschulen müssen gleichzeitig ein eigenes Profil entwickeln. Dann werden sie interessant für private Geldgeber.

Die CDU versteht Wettbewerb als eine Chance. Die Hochschulen selbst sollen um die besten Studierenden und Lehrenden werben können. Mit Spitzenleistungen und einem eigenen Profil werden sie attraktiv – national und international. Der Krampf des so genannten „Qualitätspaktes“ unterbindet echten Wettbewerb. Die Hochschule ist dadurch gezwungen, um die Gunst des Staates zu buhlen, nicht um die der Studierenden und Lehrenden.

Entscheidend ist also die Autonomie. Rot-Grün sagt auch Autonomie, meint damit aber Mangelverwaltung: Die Hochschulen dürfen nach ihrem Modell lediglich selbst entscheiden, welche Stellen sie streichen. Die CDU sagt Autonomie und meint sie auch: Die Hochschule dürfen und sollen gestalten: ihre Studienpläne, ihre Schwerpunkte in Forschung und Lehre, ihre Organisation. Eine privatrechtliche Stiftungshochschule signalisiert Staatsferne und damit Handlungsfähigkeit. Sie stellt ein Modell unter verschiedenen möglichen dar, um finanzielle Anreize für private Investoren zu schaffen. Sie wird die Hochschullandschaft in NRW bereichern.

Von  
Professor Dr. Friedrich Wilke

Angesichts der Diagnose, dass der Hochschulstandort Deutschland unübersehbar unter Attraktivitätsverlust leidet, wird die notwendige Reform der Hochschulen auch in NRW unter den weitgehend unstrittigen Zielsetzungen „Autonomie“, „Wettbewerb“ und „(internationale) Leistungsfähigkeit“ diskutiert. Weil Stiftungshochschulen einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung dieser Reformziele leisten, müssen wir auch in NRW ihre Realisierung unverzüglich in Angriff nehmen.

Die Grenzen für eine staatliche Finanzierung wichtiger Schlüsselauflagen treten immer deutlicher zu Tage – auch bei der wohl zentralen Zukunftsinvestition „Bildung“. Hier sind Stiftungshochschulen ein geeigneter Ansatz, mehr privates Kapital zu mobilisieren. Gerade im Bereich des privaten Mäzenatentums liegen viele Potentiale offenkundig brach. Andere Länder zeigen uns: Bei attraktiven Rahmenbedingungen – bei reduzierter Steuerlast

### FDP: Realisierung unverzüglich in Angriff nehmen

und deutlich erhöhter Spendenabzugsfähigkeit – wird es gelingen, bürgerliches Engagement aus dem staatlich verordneten Tiefschlaf zu erwecken.

Die Mobilisierung von privatem Kapital zur Entlastung öffentlicher Haushalte ist unverzichtbar, indessen nicht das dominierende Anliegen. Leitmotiv von Stiftungshochschulen ist vielmehr die stärkere Privatisierung. Wollen wir internationale Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit zurückgewinnen, müssen wir unseren Hochschulen mehr Autonomie und zugleich mehr Eigenverantwortung einräumen. Wir müssen den Mut aufbringen, sie aus den Fesseln des öffentlichen Dienstrechts, aus starrem Haushaltsrecht, ministerieller Gängelung und staatlicher Bevormundung zu befreien. Eine so „entfesselte Hochschule mit größerer Staatsferne wird notwendige Innovationsprozesse beschleunigen und strukturelle Reformen schneller verwirklichen. Deshalb sollten wir in NRW diejenigen Staatshochschulen, Abteilungen oder Teilbereiche, die es wünschen, in die Freiheit des globalisierten Wettbewerbs entlassen, ihnen mit der Autonomie auch die Verantwortung für Studienerfolge und Berufsaussichten ihrer Absolventen zurückgeben, ob in der Rechtsform von Stiftungen, gemeinnützigen Vereinen oder Kapitalgesellschaften ist dabei sogar von nachgelagerter Bedeutung.

Von  
Dr. Ruth Seidl

Die zukünftige Gestaltung unseres Bildungssystems – und der Hochschulen im Besonderen – ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine, wenn nicht die zentrale Aufgabe für die Politik in diesem Land. Hier hat es in den letzten Jahren, insbesondere durch das neue Hochschulgesetz und den Qualitätspakt zwischen den Hochschulen und der Landesregierung intensive Debatten und vielfältige Reformschritte gegeben. Diese sollen den Weg ebnen für eine Weiterentwicklung der Hochschulen hin zu mehr Autonomie, zu einer stärkeren Gewichtung der Qualität der Lehre und zu einer schärferen Profilierung der einzelnen Hochschulen.

Ein Stichwort, das in diesem Zusammenhang immer wieder genannt wird und das von einigen seiner Befürworter gleichzeitig zur Lösung aller bildungspolitischen Probleme erhoben wird, ist das Stichwort „Stiftungshochschule“. Dabei zeigt die Debatte um diesen Begriff, die ausführlich auch bereits in der letzten Legislaturperiode geführt worden ist, dass es hier nicht eigentlich um die Frage geht, wie private Gelder zur Mitfinanzierung von Hochschulen akquiriert werden können.

### GRÜNE: Mehr Autonomie für alle Hochschulen

Denn dies ist, genau wie die Errichtung von Stiftungen zur Unterstützung von Hochschulen, insbesondere nach der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes bereits heute möglich.

Und es geht auch nicht um die Gründung neuer Hochschulen mit ausschließlich privaten Mitteln; denn, daran sei an dieser Stelle erinnert, bisher hat es selbst die renommierte private Universität Witten/Herdecke nicht geschafft, ausreichende Stiftungsmittel aufzubringen.

Vielmehr ist diese einerseits auf beträchtliche Studiengebühren der Studierenden und andererseits zusätzlich regelmäßig auf erhebliche Landesmittel angewiesen, um finanziell über die Runden zu kommen. Im Kern geht es den Befürwortern einer „Stiftungshochschule“ vielmehr um die formale Privatisierung bestehender öffentlich-rechtlicher Hochschulen, weil sie sich hiervon unter dem Stichwort „mehr Autonomie“ Möglichkeiten erhoffen, die bestehenden Einflussmöglichkeiten von Seiten der Landespolitik zu unterlaufen (ohne jedoch faktisch auf die öffentliche Finanzierung zu verzichten).

Dies ist dann auch der wesentliche Grund für die GRÜNE-Fraktion die Forderung nach „Stiftungshochschulen“ in der diskutierten Form abzulehnen. Denn, auch wenn die Stärkung der Hochschulautonomie ein erklärtes Ziel bündnisgrüner Hochschulpolitik ist und bleibt, so bleibt es doch auch die Aufgabe insbesondere der Landespolitik, Zielsetzungen für die Entwicklung der Hochschullandschaft zu formulieren und diese im Dialog mit den Hochschulen und mit Hilfe von Instrumenten wie Zielvereinbarungen und leistungsorientierter Mittelvergabe umzusetzen.

## Landtag verabschiedet in dritter Lesung mehrheitlich den Landeshaushalt 2001

### Generaldebatte über Politik für die Zukunft des Landes



Finanzielle Schwierigkeiten meistern: v. l. die Fraktionsvorsitzenden Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Edgar Moron (SPD), Jürgen W. Möllemann (FDP), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).  
Fotos: Schälte

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am Mittwoch, 28. März, den Haushalt für das laufende Jahr 2001 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN verabschiedet. Er sieht Ausgaben in Höhe von 96,1 Milliarden Mark vor. Das sind 1,4 Milliarden Mark mehr als im Vorjahr. Mit über 30 Milliarden Mark fällt der größte Anteil auf den Bereich Bildung. Die Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien nutzten die dritte Lesung des Landesets in einer Generaldebatte zur Kritik an der Landesregierung. Das Regierungslager verwies auf die Erfolge der Koalitionspolitik und beschrieb seine politischen Zielvorstellungen.

**Dr. Jürgen Rüttgers**, CDU-Fraktionsvorsitzender, erklärte, seine Fraktion lehne den Haushaltsentwurf der Landesregierung ab. Er sei nämlich „finanzpolitisch unsolid, sozialpolitisch unfair und ungerecht, bildungspolitisch unzureichend und wirtschaftspolitisch phantasielos“. Es genüge nicht, den Mangel zu verwalten, Zukunft müsse gestaltet werden, „wir brauchen Aufbruchstimmung und nicht Lustlosigkeit“. Gegen die Politik der Landesregierung und der Koalition setze die Union ihre Vision von einer menschlichen Gesellschaft hier im Westen mit dem besten Bildungssystem, in dem jeder nach seinen Fähigkeiten gefördert und gefordert werde. Für ein modernes und menschliches NRW müsse es, um die ärgste Not zu lindern, ein Investitionsprogramm von 400 Millionen Mark für die Krankenhäuser, 120 Millionen für die Landstraßen, 150 Millionen für die Hochschulen geben. Starke und handlungsfähige Städte, ein vielfältiges und buntes NRW, erreiche man nur, wenn sich das Land nicht auf Kosten der Kommunen gesund spare: Darum deutliche Anhebung der Landeszuweisungen und eine Milliarde bis 2005 für den kommunalen Schulbau. Es dürfe, wenn man wie die CDU ein soziales und gerechtes NRW wolle, keine unfairen und ungerechten Kürzungen zu Lasten derer geben, die es besonders schwer haben; sie benötigten Hilfe und Unterstützung. Rüttgers schloss mit den Worten: „Wir brauchen ein wirtschaftsstarkes und wettbewerbsfähiges NRW. Statt Millionengräber und Leuchttürme brauchen wir eine vorausschauende Wirtschafts- und Strukturpolitik, um die

Wachstumsschwäche in NRW zu überwinden. Wir fordern eine mittelstandsfreundliche Politik, statt dem Mittelstand durch immer neue Gesetze und Regelungen und immer neue Steuern das Leben schwer zu machen.“

Zuvor hatte der Fraktionsvorsitzende betont, die CDU habe zu den Haushaltsberatungen wichtige und seriös finanzierte Anträge vorgelegt, die seien von der Koalitionsmehrheit allesamt abgelehnt worden – zum Teil wider besseres Wissen. So habe es eine Beratung zum Landeshaushalt gegeben, die der Sprecher als eine Reparaturveranstaltung bezeichnete. Ergänzungspläne, globale Minderausgaben, Abschlüsse, Rücklagen – von einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung könne da keine Rede mehr sein. Rüttgers: „Am Schluss bleibt: noch mehr Lächer, noch mehr Schulden, Stellen auf Pump.“ Für die Regierung seien diese Haushaltsplanberatungen ein politisches Desaster gewesen. Sie sei nicht mehr in der Lage, die Probleme des Landes zu lösen, handele nur auf Druck; und dann nur halbherzig, ohne die Probleme zu lösen. Mit Einzelmaßnahmen, wie es die Politik der Landesregierung sei, könne man keine Strukturen verändern: „Wenn man einen Computer in einen Saftladen stellt, wird daraus noch lange keine High-Tech-Schmiede“, sagte er zu Ministerpräsident Clement.

**Edgar Moron** (SPD), Fraktionsvorsitzender, erklärte, mit diesem Haushalt mache man deutlich, wie die Koalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das neue Nordrhein-Westfalen gestalten. „Unser Land hat alle Strukturprobleme überwunden und steht an der Schwelle zu einer der modernsten Industrie- und Dienstleistungsregionen Europas“, sagte Moron. Er verwies darauf, das Land sei weniger anfällig für politische Extremisten von rechts und links. NRW sei etwas Besonderes, es sei weltoffen, tolerant, hilfsbereit und großzügig. Zwei Millionen Menschen in NRW besäßen keinen deutschen Pass. Sie seien selbstverständlich und nicht mehr wegzudenkender Teil der Gesellschaft. Zu den Politikentwürfen stellte der SPD-Fraktionschef fest, neben der Priorität für Bildung bleibe das wichtigste Ziel der SPD die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. 783 000 arbeitslos gemel-

dete Menschen, das sei noch viel zu viel. „Unser Ziel sind maximal 500 000 Arbeitslose am Ende der Legislaturperiode.“ Die 7,3 Milliarden Mark, die das Land NRW seit 1990 in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit investiert habe, seien Zukunfts-Investitionen gewesen. 100 000 neue Unternehmen hätten in den letzten vier Jahren 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Mit dem Haushalt mache man einen wichtigen Schritt für eine umfassende und konsequente Reform des Bildungssystems. Im Gegensatz zur CDU habe man aufgezeigt, wie viele zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer man einstellen könne und wieviel Geld, nämlich 2,2 Milliarden Mark, man dafür in dieser Legislaturperiode aufwenden könne. Man werde ferner die Lehrerausbildung modernisieren und ein System entwickeln, das aktuellen Bedarf besser bediene. Die Selbstständigkeit der einzelnen Schule müsse mit der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulträger, der Kommunen kooperieren. „30 Prozent unseres Landeshaushalts investieren wir in Bildung und Wissenschaft.“

Als ein weiteres sozialpolitisch unverzichtbares Projekt der Regierungskoalition bezeichnete Moron den massiven Ausbau der Betreuungsangebote im Bereich der Schulen und Jugendhilfe. Zum Bereich Verkehr stellte er fest: „Wir werden uns von niemandem darin beirren lassen, ernsthaft zu prüfen und ernsthaft zu wollen, dass der Metrorapid in Nordrhein-Westfalen eine Realisierungschance erhält.“ Der Ministerpräsident und die Landesregierung könnten sich darauf verlassen, dass die SPD-Landtagsfraktion den Metrorapid wolle. Zur Finanzpolitik sagte der Fraktionsvorsitzende, das Land werde künftig nur noch das finanzieren können, was höchste Priorität habe: Die finanziellen Schwierigkeiten, „die auf uns zukommen werden“, seien bereits heute klar erkennbar: Das seien die weiteren Auswirkungen des Steuerentlastungsgesetzes des Bundes, die Kosten, die aus dem Familienleistungsausgleich und der Erhöhung des Kindergeldes ab 2002 auf das Land zukämen, die Kosten für die BAföG-Reform sowie die ständig wachsenden Pensionslasten des Landes, die sich in den nächsten zehn bis 15 Jahren verdoppeln würden.

**Jürgen W. Möllemann** (FDP), Fraktionsvorsitzender, leitete seine Rede ein mit der Bemerkung, er wolle nicht über die Regierung herfallen, obwohl das parlamentarische Tradition sei. Er forderte dann, NRW müsse wieder zum ökonomischen Motor Deutschlands werden, damit es seiner sozialen Verantwortung gerecht werden könne. Er bezeichnete den Haushaltsentwurf als Messlatte, an der politische Absichten, aber auch Taten gemessen würden. Die Schule werde zur sozialen Falle, wenn gute Bildung nur noch hinzugekauft werden könne, sagte er, nachdem er acht Forderungen dazu aufgezählt hatte. Immer neue Bündnisse dürften nicht länger Aktivität vortäuschen. Den Hochschulen sei umfassende Autonomie zu geben. 650 Seiten Reformvorschläge von hochrangigen Experten seien Beweis für verfehlte Hochschulpolitik. Der lähmende Zustand der organisierten Verantwortungslosigkeit müsse durch moderne Strukturen ersetzt werden. „Machen Sie den Weg frei für private Hochschulen“, forderte Möllemann und: „Verkürzen Sie den akademischen Bildungsweg um fünf Jahre.“ Mehr als ein Drittel studierten im 15. Semester in NRW. Statt studentischer Frührentner solle es freie Fahrt für die Fleißigen geben. Konjunktur- und arbeitsmarktfeindliche Beschlüsse der rot-grünen Bundesregierung dürften auch dem Landtag nicht egal sein. Jedem seriösen Wirtschaftswissenschaftler stünden die Haare zu Berge, wenn Hobby-Ökonom Schröder Wachstumsraten von 2,7 oder zwei Prozent für unwichtig halte. Die Landesregierung solle ihr Gewicht in Berlin gegen gewerkschaftlichen Funktionärs-Egoismus einsetzen. Auch die zentrale Planwirtschaft der Budgetierung im Gesundheitswesen solle beseitigt werden. Die FDP wolle freie Wahltarife, Beitragsrückerstattungen, Selbstbehalte. Zwangsbeiträge müssten auf Kernleistungen begrenzt werden. Deutschland sei ein Einwanderungsland, fuhr Möllemann fort. Ohne Zuzug würde vieles nicht mehr funktionieren, der aber gesteuert werden müsse. Die FDP habe dazu einen Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht. In grün-roten Schneckentempo verlaufe auch der Bürokratieabbau. Die FDP habe dafür einen klaren Fahrplan. „Bauen Sie die hinteren zwei Sitzreihen in diesem Landtag ab“, fügte er hinzu, als er die Verkleinerung des Landtags ansprach. Beim Thema Verkehr befürwortete er den Metrorapid, jedoch nicht als Bimmelbahn, die Trennung von Schiene und Bahn, privat finanzierten Straßenbau und einen Fernverkehrstunnel Ruhrgebiet, da die Menschen den Stau mehr als satt hätten. Der Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück dürfe nicht an einem Bach scheitern, in dem Frau Höhn drei Kreuzkröten und einen Molch gesichtet habe. Die Polizei sei immer weniger auf der Straße, wo sie gebraucht werde. Das Sparen an falscher Stelle müsse ein Ende haben. Als Verbraucherschützerin sei Frau Höhn sechs Jahre im Amt, aber im Kampf gegen die BSE-Krise habe sie wenig durchgesetzt.

**Sylvia Löhrman** (GRÜNE) sagte: „Ich bin sehr zufrieden mit dem Ergebnis, mit dem Landeshaushalt für das Jahr 2001.“ Man habe als Koalitionsfraktionen den Entwurf, den die Landesregierung eingebracht habe und der in seinem Gesamtvolumen rund 96,1 Milliarden Mark umfasse, in etlichen und gravierenden Positionen zum Besseren verändert. 91 Milliarden Mark, das seien 1,4 Milliarden mehr als im vergangenen

Jahr. 96,1 Milliarden Mark seien kein Pappenstiel. Sie äußerte indessen ihre Überzeugung, dass das Geld gut angelegt sei. „Für uns gilt: Die Menschen in NRW, ihre Interessen und Anliegen kommen immer zuerst.“ Dieser Haushalt sei ein guter Haushalt für Nordrhein-Westfalen, er sei der Haushalt einer verlässlichen und kompetenten Koalition. Grüne Politik heiße Zukunft gestalten, indem man der Modernisierung des Landes eine ökologische und soziale Richtung gebe. Man halte Wort, man dränge auf zügige Umsetzung und Problemlösung. Politik für die Zukunft NRWs habe klare Schwerpunkte: Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit mit einem solide finanzierten Haushalt, soziale Verlässlichkeit, Lebenschancen eröffnen sowie ökologische Verantwortung und nachhaltiges Wirtschaften. Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und GRÜNEN trage deutliche grüne Handschrift. Zwei Partner arbeiteten inhaltlich auf gleicher Augenhöhe. Die GRÜNEN Bärbel Höhn und Michael Vesper seien Leistungsträger und Aushängeschilder im Kabinett von Wolfgang Clement. Zu einem zentralen Punkt grüner Politik, der Umweltpolitik, sagte Frau Löhrman, im Haushalt 2001 träten die Grundlinien der Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik an mehreren Stellen klar hervor, so beim Produktions- und Produktintegrierten Umweltschutz (PIUS). Zum Gesamtkomplex zähle auch der Agenda 21-Prozess, der in diesem Jahr konkret in die Umsetzung gehe. Ein weiterer Baustein einer vorausschauenden Umweltpolitik in NRW sei die in diesem Jahr aus der Taufe gehobene Stiftung für Umwelt und Entwicklung. 76,4 Millionen Mark stünden für den Naturschutz im Haushalt bereit. Auch die GRÜNE-Fraktionsvorsitzende betonte Priorität für die Bildung in NRW. Bildung schaffe Zukunft, Bildung schaffe Lebenschancen. Man unternehme alle Anstrengungen, die Schulen fit zu machen für das Lernen im 21. Jahrhundert, für die Wissensgesellschaft. Wissen sei Macht und man wolle, dass alle Kinder die Chance erhielten, diesen Schlüssel in die Hand zu nehmen. Dafür brauche man keine Verschärfung der Auslesemechanismen.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) betonte, NRW sei ein starkes Land. Es sei ein Land, das nach vorne orientiert sei. Es sei ein Land, das mit anderen im Wettbewerb stehe. Es sei vor allem ein Land, das seine Regionen nach vorne zu bringen versuche, in dem sich die Regionen auf sehr unterschiedliche Weise entwickelten und nach vorne kämen. Und darauf sei auch der Haushalt abgestellt. In den wichtigsten Branchen sei NRW inzwischen absolut an der Spitze in der Bundesrepublik Deutschland. Man habe sich exzellente Ausgangspositionen aufgebaut. Das gelte etwa für die Energie- und die Gesundheitswirtschaft. In keinem Land gebe es ein so hohes Niveau der Qualifikation der Arbeitnehmer und der Forschung wie hier in diesem Land. Das gelte für die Bio- und Gentechnologie. Mit München und Heidelberg sei NRW in der Spitzenposition. Unter den Volkswirtschaften der Welt liege das Land NRW, was die Wirtschaftskraft angehe, auf Platz 11. Unter den Exportregionen der Welt liege es auf Platz 14. Man halte an dem Ziel fest, dass Kinder, die heute aufwachsen, Arbeitslosigkeit nur noch aus den Erzählungen ihrer Eltern kennen sollten. Die ökologi-

sche Erneuerung des Landes habe man zu spürbaren Erfolgen geführt. Zum Verkehr sagte Clement, dieses Land sei das verkehrsmäßig höchstbelastete der Bundesrepublik. Deshalb sei es Pflicht, darüber zu diskutieren, wie man denn die Finanzierung des Verkehrs in Zukunft gestalten wolle. Er hielt für das Verkehrsfinanzierungssystem eine nutzerbezogene Besteuerung grundsätzlich für richtig.

Der Regierungschef unterstrich die Toleranz des Landes. Friedliches Zusammenleben und Liberalität seien Markenzeichen. „Unser Land ist auch sicher.“ Es ist kein Zufall, dass acht der sichersten Großstädte Deutschlands in NRW lägen. Beim Bereich Schule erschien es ihm wichtig, die Opposition darauf hinzuweisen, dass in NRW 94 Prozent aller jungen Leute einen Abschluss erreichten. „Das ist das Wichtigste, was an den Schulen bei uns geschieht.“ Stolz war er auf die Wissenschaftslandschaft, geprägt durch 53 Hochschulen. Stolz sei er auch darauf, „dass wir ein offenes Verhältnis zu unseren Nachbarn in Europa haben, nicht zuletzt deshalb, weil wir uns als eine europäische Region begreifen“.

Zur Kinderarmut stellte Clement fest: „Wir beschönigen nicht die Situation, in der sich eine Zahl von Kindern und deren Familien befindet, vor allen Dingen, wenn es um Alleinerziehende geht.“ Man habe die Situation armer Kinder im Blick, wenn deren Gesundheit leide. Man ergreife dazu präventive Maßnahmen der Gesundheitsförderung. „Wir suchen in der Sozialarbeit die Familien auf.“

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) attestierte Haushalt und Politik der Landesregierung „Versagen auf der ganzen Linie. Die Regierung ist nicht mehr in der Lage, die Probleme zu lösen“. Die „desaströse Wirklichkeit“ bestehe darin, dass sozialdemokratisch geführte Landesregierungen in den 35 Jahren ihres Bestehens 167 Milliarden Mark an Schulden aufgehäuft hätten.

**Horst Vöge** (SPD) nannte das „Katastrophenlyrik“, die dazu dienen solle, „die Sinne zu vernebeln“. Der Sprecher wies vor allem die geäußerte Kritik am Sozialbereich zurück (Vöge: „Deplatziert und scharf an der Wirklichkeit vorbei“). In seinen Augen sei der Haushalt sozial ausgewogen. Auch bei der Arbeitsmarktpolitik befände man sich auf dem richtigen Weg.

**Barbara Steffens** (GRÜNE) zeigte sich überzeugt, Rot-Grün müsse sich weder auf Bundes- noch auf Landesebene für seine Sozialpolitik schämen; im Gegenteil, man könne stolz auf sie sein. Die CDU spiele hier „auf sehr schräge Art“ das soziale Gewissen, nachdem in 16 Jahren Kohl'scher Regierungsverantwortung die Massenarbeitslosigkeit auf die Spitze getrieben worden sei.

**Finanzminister Peer Steinbrück** (SPD) diagnostizierte bei der CDU des Landes „postmoderne Beliebigkeit“. Sie biege die Sachverhalte so zurecht, „dass man von der vorgefassten Bewertung garantiert keinen Abstand nehmen muss“. Die abgelaufenen Haushaltsberatungen kämen ihm, Steinbrück, sehr „rituell“ vor; vielleicht sei es besser, sich künftig auf vier oder fünf wirklich zentrale Fragen zu konzentrieren und so den Haushalt „sehr viel ruhiger, sehr viel souveräner, sehr viel gelassener debattieren“.

## Zweite Lesung Haushalt 2001

### Alle müssen sparen

Am 21. und 22. März fand die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes 2001 statt. Die Berichterstattung in „Landtag intern“ vom 27. März endete beim Punkt „Umweltpolitik“. Hier die Fortsetzung.

#### Umweltpolitik (Schluss)

**Marianne Thomann-Stahl** (FDP) erwähnte, ein Thema, das ihr ganz besonders am Herzen liege, sei die Integration muslimischer Mitbürger in NRW. Man habe ja im Zuge der Zuwanderung einen Zuwachs an muslimischen Mitbürgern von über 800 000. Die FDP-Fraktion habe nun beantragt, 350 000 Mark bereitzustellen, um die Voraussetzungen für einen dauerhaften Dialog zwischen der Landespolitik und den Muslimen zu schaffen. Die Landesregierung habe abgelehnt. Sie bat, die Entscheidung noch einmal zu überprüfen.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE) verwies darauf, der wesentliche Grund für die Ablehnung, die auch von der CDU so vorgenommen worden sei, sei auch die Aussage, dass das katholische Büro und das evangelische Büro, die ja auch ihre Kontakte zur Landespolitik gestalteten und pflegten, keine institutionalisierten Zuschüsse durch das Land erhielten und „dass wir hier vor dem Hintergrund eine andere Lage herstellen würden“.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) sagte, dass beim Ministerpräsidenten die internationalen Aufgaben einschließlich der Europafragen, der deutschlandpolitischen Fragen, die medienrechtlichen und medienwirtschaftlichen Fragen, die Fragen, die mit dem Verhältnis zu den Kirchen zu tun hätten, und die bei der Landesplanung angesiedelt seien, sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die einzige Ausnahme sei die Projekt Ruhr GmbH. Man habe diese Gesellschaft eingesetzt, weil die Arbeit für das Ruhrgebiet unter äußerstem Zeitdruck stattfinden müsse und weil im Jahr 2006 die Förderung durch die Europäische Union in der Größenordnung von etwa vier Milliarden Mark aller Wahrscheinlichkeit nach auslaufen werde.

#### Landesplanung

**Heinz Sahnen** (CDU) kritisierte die gegenwärtige Planungssituation und die gegenwärtigen Bedingungen. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, weil ansonsten auch unter planerischen Gesichtspunkten die Entwicklung über das Land hinweggehe. Die Rahmenbedingungen für planerische Vorgaben hätten sich in den letzten Jahren rasant verändert. Die Wiedervereinigung Deutschlands habe auch die Koordinaten „in unserem Land“ verändert. Soziale, demographische und wirtschaftliche Veränderungen seien signifikant.

**Klaus Strehl** (SPD) bezeichnete die Landesplanung als eine Querschnittsaufgabe, in der alle Bereiche, nicht nur der Umwelt-

schutz, nicht nur die engere Raumordnung, sondern auch wirtschaftspolitische Aspekte und Fragen der Weiterentwicklung der Regionen, wichtig seien, gerade vor dem Hintergrund eines zusammenwachsenden Europas. „Wir müssen uns der ressortübergreifenden Bedeutung dieser Aufgabe bewusst sein“, betonte der Abgeordnete.

**Holger Ellerbrock** (FDP) verwies auf die Ankündigung seines Vorredners, das Landesplanungsgesetz zu überarbeiten und auch Landesentwicklungsplan und gesetzliche Landesentwicklung zusammenzuführen. Das Instrumentarium solle handhabbarer, solle schlanker werden. „Das ist sinnvoll, das ist richtig.“ Entscheidungen der Landesplanungsbehörde sollten zu schnellerer Rechtssicherheit für alle Beteiligten führen.

**Johannes Rimmel** (GRÜNE) glaubte, Landesplanung sei in ihrer Bedeutung sehr viel mehr als „höher, schneller und weiter“ bzw. die Frage der Beschleunigung von Projekten. Wenn die Landesplanung als Instrument der politischen Steuerung und Planung ernst genommen werde, dann sei dies ein Wert an sich. Nur die Richtung müsse stimmen.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) betonte, natürlich sei es an der Zeit, die Rechtslage zu überprüfen und eine Modernisierung vorzunehmen. „Deshalb werden wir voraussichtlich noch vor der Sommerpause den Landesplanungsbericht vorlegen.“ Er ging davon aus, dass man alsbald nach der Sommerpause die parlamentarische Beratung dazu durchführen könne. Anschließend noch vor Jahresende wolle man eine Novelle zum Landesplanungsgesetz einbringen.

#### Europaangelegenheiten

**Ilka Keller** (CDU) erklärte, von der CDU sei man sehr betroffen, dass der Ministerpräsident gerade im Europa-Haushalt zwei Millionen Mark einsparen wolle. „Wir müssen doch feststellen, dass von 13,1 Millionen Mark im letzten Jahr der Haushalt im Entwurf auf 10,6 Millionen Mark zurückgeführt wird.“ Man frage sich natürlich, ob das jetzt die Definition der neuen Rolle in Europa sei. Aus Sicht der CDU sei diese Frage

mit einem ganz klaren Nein zu beantworten.

**Inge Lagemann** (SPD) sagte, dem Antrag der CDU auf Aufstockung der Zuschüsse für Projekte im Ausland habe man nicht zustimmen können. Das Land dürfe sich in der Auslandsarbeit nicht nach dem Gießkannenprinzip verhalten, sondern müsse sich auf einzelne Länder konzentrieren. Die langjährige Zusammenarbeit des Landes mit der Woiwodschaft Schlesien sei gerade neu paraphiert worden. Gleichzeitig gebe es die Zusammenarbeit mit Ungarn. Die Mittel der EU für das Land NRW fänden sich natürlich in den Einzelplänen der Ministerien wieder.

**Dietmar Brockes** (FDP) unterstrich, richtig sei, dass man die Kooperation mit den Beneluxstaaten verstärken müsse. In vielen Bereichen habe man mit diesen Staaten mehr gemeinsam als mit anderen Bundesländern. Richtig sei auch, dass man mit der Woiwodschaft Schlesien bereits heute eine Regionalpartnerschaft zu einem EU-Beitrittsland, zu Polen, aufbaue, denn gerade Polen werde in Zukunft auch eine wichtige Rolle innerhalb der Europäischen Union haben.

**Ute Kocz** (GRÜNE) sagte zum Haushaltsplan Europa- und internationale Angelegenheiten, es sei offensichtlich, dass dieser Haushaltsbereich bescheiden ausgestattet sei: bescheiden, gemessen an der wachsenden Bedeutung Europas, aber noch angemessen, was an organisatorischem Aufwand zu leisten sei. Ein Zugewinn sei es eben auch, wenn ein Europaminister strukturelle Positionen einnehmen könne, so dass man viele Dinge ausgleichen könne, die vielleicht in den letzten Jahren nicht so ganz in den Vordergrund gerückt worden seien.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) räumte ein: „Jawohl, wir sparen im europapolitischen Teil des Etats der Staatskanzlei.“ Es wirke sich irgendwo aus, wenn die Ausgaben des Landes reduziert werden müssten, um beispielsweise bildungspolitische Aufgaben zu erfüllen. So wirke es sich auch hier aus. „Ich habe wie alle anderen auch das zu akzeptieren.“

Die Einzelpläne 01, Landtag, sowie 13, Landesrechnungshof, wurden vom Landtag einstimmig angenommen.



In Zeiten der Krise in der Landwirtschaft um Lösungen bemüht (v.l.): Eckhard Uhlenberg (CDU), Irmgard Schmid (SPD), Felix Becker (FDP), Johannes Rimmel und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (beide GRÜNE).  
Fotos: Schälte

## Wirtschaftsministerium

*Der Einzelplan 08 des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr war bei der Beratung in zwei Bereiche aufgeteilt: Wirtschaft, Mittelstand und Energie sowie Verkehr.*

**Christian Weisbrich** (CDU) sagte, es sei nur folgerichtig, wenn der Ministerpräsident jetzt neue Wege, neue Chancen und neues Handeln für NRW anmahne. Gleichzeitig sei es aber auch eine Bankrotterklärung. Denn verbunden mit dem Aufruf zur Neuerung sei zwangsläufig das Eingeständnis, die bisherigen Rezepte hätten versagt. Wachstumschwäche, weit überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, extreme Verschuldung und dramatisch schwindende Investitionskraft seien das Ergebnis von 34 Jahren sozialdemokratischer Regierung.

**Werner Bischoff** (SPD) betonte, als Sozialdemokrat sei man erfreut, feststellen zu können, dass man trotz all der in den Haushaltsberatungen sicherlich zu bewältigenden Schwierigkeiten im Gegensatz zu den Reduktionen in den vergangenen Jahren nunmehr einen um 120 Millionen Mark erhöhten Einzeletat habe. Aufgrund der wohlgesetzten Akzente der Landesregierung bestehe für die SPD deshalb auch kein Korrekturbedarf am vorgelegten Etatentwurf.

**Dr. Gerhard Papke** (FDP) stellte fest, die FDP habe in den zurückliegenden Monaten immer wieder gewarnt, dass die positiven Entwicklungen beim Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2000 weniger auf politischen Anstrengungen für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Wirtschaft basierten, als vielmehr auf einer dynamischen Weltwirtschaft und insbesondere natürlich auch auf dem schwachen Außenwert des Euro. Diese Warnungen — das könne man jetzt sagen — hätten sich bestätigt.

**Rüdiger Sagel** (GRÜNE) unterstrich, für die GRÜNEN sei der ökologische und soziale Strukturwandel der entscheidende Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in NRW. Vorrangiges Ziel sei dabei die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Man sei in den letzten Jahren ein gutes Stück vorange-

kommen. Man habe auch im Haushalt 2001 einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt, insbesondere was die kleinen und mittleren Unternehmen angehe. Die Kritik von FDP und CDU gehe insofern völlig ins Leere.

**Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold** (SPD) erklärte, die Struktur des Wirtschaftshaushaltes sei eindeutig auf Wachstum im Bereich der mittelständischen Unternehmen und auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen angelegt. Die Außenwirtschaftsinitiative diene ausdrücklich den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Auch die Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Ländern sichere Arbeitsplätze hier. Man werde unbeirrt von irgendwelcher Kritik diesen Weg weitergehen.

## Verkehr

**Gerhard Wächter** (CDU) erklärte, jeder wisse, dass Verkehrsinfrastruktur eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand und Wirtschaftswachstum sei. An die SPD gewandt, sagte er: „Hier seid Ihr 30 Jahre an der Regierung, und da ist nichts passiert.“ Nicht umsonst habe man die Situation, die alle beklagten. „Fragen Sie die Wirtschaft, fragen Sie doch die Verbände!“ Überall werde über die dramatische Situation geklagt, die man hier in NRW habe, geklagt vor allem über den Investitionsstau, über das Verkommen der Straßen.

**Gerhard Wirth** (SPD) sagte, wer ehrlich sei, müsse zugeben, „dass wir nicht nur in Nordrhein-Westfalen im Stau stehen“. Er fuhr fort: „Wir in Nordrhein-Westfalen bemühen uns, Mobilität zu sichern“, dies auch vor dem Hintergrund der Anregung, die die Enquete-Kommission zur Mobilität gemacht habe. „An diesem Leitfaden orientieren wir uns und auch daran, dass wir nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern im gesamten Bundesgebiet ein integriertes Gesamtverkehrskonzept benötigen. Daran arbeiten wir.“ Man müsse PKW, Lkw, Bahn, Schiff und Flugzeug miteinander vernetzen.

**Christof Rasche** (FDP) führte aus, im Koalitionsvertrag von Rot-Grün sei die Rede von

einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur und von der besonderen Bedeutung dieser Verkehrsinfrastruktur für den Wirtschaftsstandort NRW. Demgegenüber stehe eine vernichtende Beurteilung von Industrie, Wirtschaft, Mittelstand und Verbänden sowie von Bürgerinnen und Bürgern des Landes. „An dieser Beurteilung ist etwas dran.“ Die Aufnahmekapazität vieler Autobahnen in NRW sei längst überschritten. Das führe zu immer mehr Schleichverkehr durch die Städte und Gemeinden.

**Peter Eichenseher** (GRÜNE) unterstrich, der vorgelegte Haushalt setze deutliche Schwerpunkte. Zur Opposition: „Das gefällt Ihnen nicht!“ Der Schwerpunkt heiße aber „Förderung der umweltverträglichen Verkehrsmittel Bus und Bahn“. Das müsse das allererste Ziel sein. Das hohe Niveau, auf dem diese Förderung auch in diesem Jahr fortgesetzt werde, könne sich sehen lassen. Fast 1,2 Milliarden Mark würden für die Betriebskosten auf der Schiene im Nahverkehr eingesetzt, über eine Milliarde gehe in den Infrastrukturausbau Bus und Bahn.

**Verkehrsminister Ernst Schwanhold** (SPD) nahm die von der CDU angebotene Zusammenarbeit an. „Ich halte diese in der Tat bei der Realisierung von Projekten für Infrastrukturmaßnahmen für notwendig. Je breiter diese Zusammenarbeit sei, desto eher gelinge es, Widersprüche und Einsprüche zu vermeiden. Jeder Einspruch und jede Klage führten zu zeitlichen Verzögerungen, die gelegentlich bis zu zwei Jahren beanspruchten.“ Darin bestehen die eigentlichen Hemmnisse.“ Bei einer Planung, die heute angefangen werde, würden bei einem größeren Projekt mindestens fünf bis sieben Jahre benötigt, bei Einsprüchen gelegentlich sogar zehn Jahre.

## Arbeitsministerium

*Bei der Debatte über den Einzelplan 15, Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, kamen zwei Bereiche zur Sprache: Zum ersten Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, zum zweiten Migration.*

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) richtete die Frage an den Minister, wie er habe einem Haushaltsentwurf zustimmen können, in dem die Mittel für die Altererholung für Menschen, die im Grunde nur den Sozialhilfesatz zur Verfügung hätten, von fünf Millionen Mark auf null gekürzt werden sollten. „Wir halten das für einen sozialpolitischen Skandal, was Sie uns hier mit der Haushaltsplanung für 2001 vorgelegt haben.“ Wer zulasse, dass ein solcher Ansatz auf null gesetzt werde, der brauche „uns nicht mehr mit Solidarität und Gerechtigkeit zu kommen“.

**Horst Vöge** (SPD) meinte, man werde im Bereich „Arbeit statt Sozialhilfe“, der diesmal nicht gefährdet gewesen sei, wie bei anderen Arbeitsmarktprogrammen sehr gründlich darüber nachdenken, wie man weg von einer Lohnkostenförderung und immer mehr hin zu einer Qualifikationsförderung und Qualifikationsanforderung kommen könne, damit eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden könne. „Wir werden alle Programme daraufhin ab-



Zuwanderung und Integration: v. l. Willi Zylajew (CDU), Vera Dedanwala (SPD), Dr. Ute Dreckmann (FDP), Jamal Karsli (GRÜNE) und Arbeits- und Sozialminister Harald Schartau (SPD).  
Fotos: Schälte

klopfen. Ebenfalls richtig sei, dass man im Bereich der Sozialpolitik angesichts von 696 000 Sozialhilfeempfängern die Zusammenarbeit von Arbeitsamt und Sozialamt an Modellprojekten ausprobieren.

**Dr. Ute Dreckmann** (FDP) sagte, es sei nicht Aufgabe der Politik, Arbeitsplätze zu schaffen. Das könne sie gar nicht. Es sei auch nicht Aufgabe der Politik bzw. der Landesregierung, eine Zeitarbeitsfirma zu betreiben, auch wenn sie die Freude des Ministers darüber verstehen könne, dass sich diese nun am Markt behauptet. Aufgabe der Politik sei es, für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und für ein investitionsfreundliches Klima zu sorgen. Das seien niedrige Steuern, wenig Bürokratie, schnelle Genehmigungsverfahren und eine kundenorientierte Verwaltung.

**Barbara Steffens** (GRÜNE) bestätigte, die Situation am Arbeitsmarkt habe sich leicht gebessert. In NRW werde man weiterhin durch vielfältige Maßnahmen Angebote für Erwerbslose schaffen und schaffen müssen. Man brauche nicht weniger Maßnahmen, sondern man brauche eine weitere Ausdifferenzierung. Durch die Regionalisierung der Arbeitsmarktprogramme habe man noch stärker als bisher die Aufgabe zu überprüfen, welche Maßnahmen greifen würden und welche an den Betroffenen vorbei konzipiert seien mit dem Hauptziel der Entlastung öffentlicher Haushalte statt der Eröffnung einer beruflichen Perspektive für die Betroffenen.

**Arbeits- und Sozialminister Harald Schartau** (SPD) betonte: „Wir werden in den nächsten Jahren verdammt gute Ideen brauchen.“ Denn die großen Herausforderungen seien vollkommen klar: Die Menschen würden immer älter, das sei wunderbar. Man müsse überlegen, wie man in dieser Gesellschaft bis ins hohe Alter hinein, insbesondere als behinderter Mensch, als pflegebedürftiger Mensch oder als Mensch mit Demenz würdevoll leben und möglichst barrierefrei am wirtschaftlichen Leben teilhaben könne. Ferner liege „unsere Gesellschaft“ mitten in Europa. Man müsse also in der Zeit, in der der völlige Wegfall von Grenzen auf einen zukomme, dafür sorgen, dass sich die Bevölkerung im Land geborgen fühle.

## Migration

**Willi Zylajew** (CDU) betonte, zwischenzeitlich sei die muslimische Religionsgemeinschaft die drittgrößte Gruppe „in unserer Gesellschaft“. Man gebe ihnen aber keinerlei Hilfen, ihren Glauben in der Schule vermittelt zu bekommen. Dabei sei man sicher, dass ein europäischer Islam, der die Aufklärung verarbeitet habe, einen guten Beitrag zur Entwicklung der Gesellschaft leisten könne und werde. „Wir müssen so bald wie möglich die Lehrerinnen und Lehrer für den Islamunterricht ausbilden.“ Man brauche dazu eine mehrstufige Religionspädagogik. „Im Haushaltsentwurf finden wir dazu Null.“

**Vera Dedanwala** (SPD) hielt den Kolleginnen und Kollegen von der CDU vor, sie hätten sich dem Thema Zuwanderung bisher überhaupt nicht gestellt, sondern sich ge-



„Justiz 2003“ als Leitfaden der Debatte: v. l. Peter Biesenbach (CDU), Frank Sichau (SPD), Jan Söfing (FDP), Sybille Haußmann (GRÜNE) und Justizminister Jochen Dieckmann (SPD).  
Fotos: Schälte

sagt, wenn die hier die Arbeit fertig hätten, gingen die alle wieder nach Hause. „Insofern war das doch für Sie kein Thema.“ Dabei habe man in NRW eine sehr fundierte Erfahrung mit Zuwanderung gesammelt. Über viele Jahrzehnte hinweg habe sich die Landesregierung der Integrationsarbeit gestellt.

**Dr. Ute Dreckmann** (FDP) unterstrich, eines sei ganz klar: Zuwanderung müsse langfristig und vorausschauend politisch gestaltet werden. Notwendig sei eine klare und transparente Regelung mit dem Ziel, die Zuwanderung planvoll zu steuern und zugleich an den legitimen Interessen der Bundesrepublik auszurichten. Dadurch würden Ängste in der Bevölkerung abgebaut, und dadurch werde das Klima für die Integration der bereits hier lebenden und zuziehenden Ausländer verbessert.

**Jamal Karsli** (GRÜNE) bekräftigte, als jemand, der selbst Migrant sei, habe es ihn gefreut, dass man den Haushalt eigentlich mit allen Fraktionen dieses Hauses so harmonisch verabschiedet habe. Das gebe ihm die Hoffnung, dass NRW ein gutes Beispiel für die anderen Bundesländer sein könne. Er habe auch das Gefühl, dass in diesem hohen Hause unter den Parteien mittlerweile auch ein Wettbewerb um die besseren Ideen herrsche. Jede Fraktion versuche, das beste Konzept vorzulegen.

**Arbeits- und Sozialminister Harald Schartau** (SPD) erklärte, die Landesregierung sichere die Integrationspolitik in NRW auf dem hohen Niveau ab, das immer wieder von Fachleuten und Verbänden innerhalb und außerhalb NRW's bestätigt werde. Mit einem Fördervolumen von über sechs Millionen Mark stelle die Sozialberatung von Ausländerinnen und Ausländern den größten Ausgabenposten dar. Man habe in über 200 Zentren in NRW Leute, die dazu beitragen, dass Begegnungen, Weiterbildung und Freizeitbeschäftigungen für Migranten stattfinden. Und man werde mit dieser interkulturellen Arbeit und den Integrationsmaßnahmen etwa 160 000 Menschen im Land jedes Jahr erreichen.

## Städtebau und Wohnen

Der Einzelplan 14 mit den Bereichen Städte- und Wohnungsbau, Kultur und Sport wurde mit den Stimmen der Koalition und gegen das Votum der mit ihren Änderungsanträgen gescheiterten Opposition angenommen.

**Bernd Schulte** (CDU) sagte zur Politik der Landesregierung, im Städtebau gebe es eine fragwürdige Kontinuität, im sozialen Wohnungsbau finde man keine Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Darum lehne die CDU den Einzelplan ab. Fragwürdig sei die Tatsache, dass der Minister bei der Stadtentwicklung statt dezentraler und bürgernaher Förderung durch die Konzentration auf einzelne Prestigeobjekte in Ballungsgebieten weiter Symbolpolitik betriebe. Nach langem Drängen seiner Fraktion auf eine Neuorientierung habe der Minister den Förderschwerpunkt in diesem Jahr auf die Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau gelegt. Es sei aber fraglich, ob das Programm anspringe. In NRW sei die Eigentumsquote immer noch zu gering.

**Ellen Werthmann** (SPD) sah dagegen die Wohn- und Stadtentwicklungspolitik im Land und im Bund von enormer Dynamik gekennzeichnet. In NRW sei von der Koalition vieles in Bewegung gesetzt worden. Das Wohnungsbauprogramm 2001 sei herausragend und konzentriere sich auf wichtige Punkte. Der eingerichtete Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes sei eines der wichtigsten Reformprojekte, von dem ein erheblicher wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Impuls ausgehen werde.

**Karl Peter Brendel** (FDP) begrüßte die Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität der Städte und die Chance, dabei die Mitwirkung Privater zu nutzen. Die weiterhin bestehende Konzentration der Aktivitäten auf die großen Städte übersehe, dass es auch im ländlichen Raum Probleme gebe, die man ins Auge nehmen müsse. Seine Fraktion halte im Wohnungs- und Städtebau den

weiteren Abbau von Regulierungen, besonders in der Bauverwaltung und im Bauordnungsrecht, für dringend erforderlich.

**Dr. Thomas Rommelspacher** (GRÜNE) urteilte, die Bilanz der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik des Landes zeige, „dass wir viele Herausforderungen erkannt haben und sie innovativ angehen. Von daher kann ich mit diesem Haushalt und der Politik, die dahinter steht, vollauf zufrieden sein.“ Mit dem Etat könne es gelingen, die gewachsene europäische Stadt in das dritte Jahrtausend, in eine Gesellschaft der Individualisierung und der Globalisierung, hineinzu führen.

**Städtebauminister Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) betonte, inzwischen sei es der Landesregierung durch ihre Politik gelungen, drei Viertel der ungedeckten Nachfrage nach Wohnungen abzudecken; das sei eine „Erfolgsgeschichte“. Ihm, Vesper, sei es gelungen, die Eigentumsquote im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, anzuheben. Es gebe ausreichend Mittel für Anträge, die Fördermodelle seien vereinfacht und die Konditionen verbessert worden. In der Städtebauförderung werde man die Kommunen in den nächsten Jahren unterstützen, ihre Innenstädte in Ordnung zu bringen; dafür gebe es 200 Millionen. Die Städtebauförderung sei inzwischen ein ganz wichtiges Instrument der Strukturförderung geworden, betonte der Minister und machte auf die Bedeutung des Grundstückfonds aufmerksam.

## Kultur

**Richard Blömer** (CDU) verlangte, das Land müsse gemeinsam mit den Kommunen dafür Sorge tragen, „dass breite Kulturangebote erhalten bleiben, und dafür muss man entsprechende Maßnahmen ergreifen“. Bei der regionalen Kulturförderung, mit der die Landesregierung Einfluss bis hin zur kleinsten Kommune nehme, würden aber zunehmend willkürliche Förderentscheidungen getroffen. Schwer tue sich seine Fraktion auch mit der Festlegung: Grundversorgung durch die Kommunen, Spitzenförderung durch das Land. Darüber sei weiter zu dis-

kutieren. Seine Fraktion sei weiter daran interessiert, die große „Kulturfraktion“ zu gründen.

**Manfred Böcker** (SPD) lobte die gute Zusammenarbeit im Kulturausschuss und ging auf die einstimmig verabschiedeten Änderungsanträge ein, darunter die Verstärkung der Förderung der Laienmusik. Was die Ruhrkultur angehe, so verfare man hier weiterhin nach dem Motto „Fördern, was es schwer hat“. Böcker: „Insgesamt haben wir den Kulturhaushalt um fast 1,7 Millionen Mark erhöht. Das ist eine große Leistung angesichts der allgemeinen Haushaltsenge.“

**Brigitte Capune-Kitka** (FDP) wandte ein, angesichts der von der Landesregierung betriebenen Förderung von Events, bei denen in Köln, Düsseldorf und dem Ruhrgebiet der rote Teppich ausgerollt werde, müsse sie festhalten: „Nordrhein-Westfalen besteht nicht nur aus diesen drei Gebieten. Dazu gehört viel mehr, und da geht die Kultur vor die Hunde.“ Über die Gemeindefinanzierung müsse das Land viel mehr als bisher Kultur fördern.

**Oliver Keymis** (GRÜNE) hielt nichts von „allgemeinem Gejammere“. Es stehe fest, dass der Mensch ohne Kultur verrohe. Darum sei es gut, dass es im Land gelungen sei, die Ausgaben für Kultur nicht nur zu halten, sondern um sechs Prozent zu steigern. Rot-Grün habe mit seinen Anträgen „Kultur-signale“ ausgesandt, die Ermutigung brächten und nicht als „Peanuts“ kleingeredet werden sollten.

**Kulturminister Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) sagte: „Wir machen eine außerordentlich erfolgreiche Landeskulturpolitik. Dass es eine Landeskulturpolitik geben darf, ja geben muss, ist mittlerweile anerkannt und unbestritten.“ Was die Finanzierung so genannter Highlights angehe, so sollte man dabei Breite und Spitze in der Debatte nicht gegeneinander stellen: „Beides bedingt einander.“ Eine Breite erhalte sich nur, wenn auch Spitzenereignisse stattfänden. Bei der Kulturförderung brauche sich NRW im Ländervergleich nicht zu verstecken; wenn alles aufaddiert werde, komme eine Milliarde zusammen.

## Sport

**Dr. Annemarie Schrapf** (CDU) kritisierte, dass der Sportetat Kürzungen und Stagnation hinnehmen müsse, das bedeute Rückschritt. Sie ging auf die Anträge ihrer Fraktion zum Haushalt ein, die allesamt abgelehnt worden seien. Es erfülle aber mit Genugtuung zu sehen, wie Teile davon in Anträgen der Koalition wieder aufgetaucht und umgesetzt worden seien, etwa beim Sport mit behinderten Menschen. Sie bemängelte, dass der Ansatz für die vielen ehrenamtlichen Helfer in den Sportvereinen seit Jahren nicht angehoben worden sei. Wenn das Land im Sport international eine Rolle spielen wolle, dann müsse mit Aufbau und finanzieller Unterstützung die Querschnittaufgabe Sport gestärkt werden.

**Ina Meise-Laukamp** (SPD) sah dagegen Anlass zur Freude darüber, dass trotz der engen Korridore im Haushalt so viel für den Sport herausgeholt werden konnte. Für die Bewerbung zur Fußballweltmeisterschaft 2006 und zur Olympiade 2012 müsse die gesamte Infrastruktur auf den Prüfstand gestellt werden. Das Land müsse durch viele Großveranstaltungen belegen, dass es in der Lage sei, internationale Ereignisse auszurichten.

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) beklagte den Investitionsstau bei den Anträgen zum Sportstättenbau, den abzubauen würde 17 Jahre benötigen, rechnete sie vor. Kritik äußerte sie auch an der Situation im Schulsport und an den Kürzungen beim Behindertensport. Vor allem hier müsse mehr getan werden, nicht zuletzt weil die Beteiligten immer jünger würden.

**Ewald Groth** (GRÜNE) wies die angebliche Kürzung beim Behindertensport zurück; es gebe sie nicht. Wenn trotz Steuerausfällen die Ansätze im Sport gehalten und teilweise ausgebaut werden könnten, dann liege das an den Erträgen aus der Oddset-Wette. Pro Jahr flössen allein an die 200 Millionen in den Sport, da brauche man im Land sich nicht zu verstecken. Mehr Mittel stünden auch für den Sportstättenbau zur Verfügung.

**Sportminister Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) stellte fest, kein Bundesland statte den Sport so gut aus wie NRW. 54 Millionen gebe es insgesamt aus den verschiedenen Töpfen für den Sportstättenbau. Die Sportstiftung werde bald ihre Fördertätigkeit aufnehmen. Zusammen mit den Städten an der Rheinschiene und im Ruhrgebiet werde man eine überzeugende Bewerbung für Olympia 2012 zustande bringen, erklärte Vesper und warnte davor, diese Chance durch „verantwortungsloses Daherredden“ zunichte zu machen.

## Frauen

In zweiter Lesung hat der Landtag den Einzelplan 11 – Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit in drei Teilbereichen entsprechend der Beschlussempfehlung (Drs. 13/811) mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN und gegen die Stimmen der Opposition angenommen.



Nahmen Stellung zur Frauenpolitik der Landesregierung (v.l.): Regina van Dinther (CDU), Renate Drewke (SPD), Brigitte Capune-Kitka (FDP), Marianne Hürten (GRÜNE) und Ministerin Birgit Fischer (SPD).

Fotos: Schälte

**Regina van Dinther** (CDU) beanstandete, dass von Mädchen Zukunftschancen in Technikberufen kaum wahrgenommen würden. Sie zeigte sich erstaunt darüber, dass der Antrag ihrer Fraktion zur Informationstechnik nicht unterstützt worden sei. Sie unterstrich die Notwendigkeit, Mädchen in den Brennpunkt politischer Angebote zu nehmen. Da bislang nur eine geringe Veränderung festzustellen sei, müsse man die erforderlichen Programme stärker auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Ausführlich widmete sich die Sprecherin ihrem, wie sie sagte, „Lieblingsthema“, der Kinderbetreuung. Hier verlangte sie statt der „Billigprogramme der Regierung“ flexible, auf die unterschiedlichen Anforderungen zugeschnittene Angebote.

**Renate Drewke** (SPD) sah die Hauptaufgabe der Frauenpolitik darin, die Frauenförderung im Beruf fortzusetzen, die Gewalt gegen Frauen und Kinder nachhaltig zu bekämpfen, für eine Chancengleichheit und eine gerechte Teilhabe in allen Bereichen zu sorgen und das Prinzip des „Gender-Mainstreaming“ nachhaltig zu verankern. Die Frauenförderpolitik müsse weiterentwickelt und die frauenpolitische Infrastruktur gestärkt werden. Sie sprach sich für eine Politik aus, die beide Geschlechter im Blick hat, bei der die Sichtweisen, Interessen, Bedürfnisse und Fähigkeiten von Frauen und Männern alle Handlungsbereiche erfassend, in die tägliche Praxis von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft einbezogen werden.

**Brigitte Capune-Kitka** (FDP) äußerte ihren Unmut über die gescheiterten Anträge, den Haushaltsansatz der Beratungsstellen für die von Menschenhandel betroffenen Mädchen und Frauen zu erhöhen und die Mittelkürzungen im Haushalt zum Thema Zufluchtstätten und sonstige innovative Projekte für sexuell missbrauchte Kinder und Jugendliche aufzuheben. Sie warf der Koalition vor, „Wahlkampf statt ernsthafter Hilfe für die Therapie von missbrauchten Kindern und Jugendlichen“ zu betreiben.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) erinnerte an die Koalitionsvereinbarung in diesem Politikbereich. Sie nannte als Projekte die Förderung der Frauen- und Mädchenhäuser, die allgemeinen und spezifischen Beratungsstellen, die Einrichtungen gegen sexualisierte Gewalt, Unterbringungsmöglichkeiten für Menschenhandelsopfer, die Regionalstelle Frau und Beruf und andere Fraueninitiativen und -projekte. Selbst wenn es unumgänglich sei, Förderprogramme und Zuwendungen zu überprüfen, bleibe die Querschnittsaufgabe Frauenpolitik für ihre Fraktion ein Schwerpunkt von besonderer Bedeutung. Hürten: „Frauenpolitik ist für diese Koalition ein ernsthaftes Anliegen, für das auch in Zeiten knapper Kassen die notwendigen Mittel mobilisiert werden.“

**Frauenministerin Birgit Fischer** (SPD) begrüßte ausdrücklich den Entwurf der Bundesregierung für ein Gewaltschutzgesetz, das die Wohnungszuweisungen für betroffene Frauen und Kinder erleichtere. Der Innenminister habe bereits zugesagt, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, der den zivilrechtlichen Schutz landesrechtlich durch Regelungen des Polizeigesetzes ergänze. Der Erhalt der landesweit vorbildlichen Infrastruktur zum Schutz



## BSE und MKS aktualisieren Ausstellung

Die Ausstellung „Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Umweltschutz – Beiträge aus Wissenschaft und Forschung“ hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (am Pult) am vergangenen Mittwoch in der Eingangshalle des Landtags eröffnet. Sie wurde gemeinsam präsentiert vom Landtag, dem NRW-Umweltministerium und der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn. Die enorme Aktualität dieser Ausstellung zeige sich angesichts der BSE-Problematik und der immer näher rückenden Maul- und Klauenseuche, betonte der Präsident. Noch unlängst habe sich selbst der Landtag in der MKS-Gefahrenzone gewährt, weil durch einen Verdachtsfall im Kreis Neuss auch der Düsseldorfer Hafen zum Sperrbezirk erklärt worden sei. Glücklicherweise habe sich der Verdacht als falsch erwiesen. Gerade bei BSE und MKS zeigten die Probleme in der Landwirtschaft immer drastischer: Nur gesunde Tiere bürgten letztlich für gesunde Lebensmittel. Die Ausstellung mache Mut, denn sie zeige, die Forschungsergebnisse flössen längst unmittelbar in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Das Projekt „Grenzüberschreitende Qualitätssicherung“ – also die Verbesserung der Zusammenarbeit von Universitäten, aber auch von Veterinär- und Gesundheitsbehörden, weise große Erfolge auf, für die „Euregio Rhein-Waal“ und darüber hinaus. Im Anschluss an den Präsidenten nahmen NRW-Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE, M.) und der Kanzler der Universität Bonn, Professor Dr. jur. Reinhardt Lutz (r.) zu aktuellen Problemen und zu der Zielsetzung der Ausstellung Stellung.

Foto: Schäffe

und zur Hilfe für die Opfer sowie die Erschließung der Informations- und Kommunikationstechnologie für Frauen bleibe ein zentraler Arbeitsschwerpunkt.

## Jugend und Familie

**Thomas Mahlberg** (CDU) war überzeugt, man brauche einen „Betreuungsmix“, also Horte genauso wie preiswertere Einrichtungen, sowie Angebote für Migrantenkinder, schnell die deutsche Sprache zu erwerben. Dabei dürfe das Land die Kommunen aber nicht vor unlösbare finanzielle Aufgaben stellen. Die Landesregierung ihrerseits dürfe nicht auf Kosten der Pädagogik und der Kommunen Einsparungen vornehmen. Des Weiteren beklagte er die wachsende Bürokratie beim Landesjugendplan und die Konzeptionslosigkeit der Landesregierung in der Jugend- und Familienpolitik. Statt auf gesellschaftliche Prozesse zu reagieren, werde ein fürs andere Mal nur ein neues und zudem befristetes Programm aufgelegt.

**Bernd Flessenkemper** (SPD) führte als Ziel der Sozialdemokraten auf, „dass möglichst alle Menschen ihren Lebensentwurf in einer solidarischen Gesellschaft entwickeln und verwirklichen können“. Dazu müsse man eine Chancengleichheit für Kinder schaffen, Jugendliche in ihrer Sozialisation begleiten und Familien unterstützen, ein

selbstbestimmtes Leben zu führen. Weiter versprach er, in den nächsten Jahren, „aufbauend auf eine fast 100-prozentige Kindergartenversorgung“, etwa 200 000 zusätzliche Plätze für schulpflichtige Kinder zu schaffen und eine Aufstockung des Haushalts von drei Millionen Mark zur Unterstützung des Ehrenamts.

**Christian Lindner** (FDP) nannte drei Prüfsteine für die Jugendpolitik der Landesregierung. In diesem „Elchtest“ sprach er zuerst den sexuellen Missbrauch an und beklagte dabei, dass der FDP-Antrag auf eine Erhöhung der Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben für die Zufluchtstätten für sexuell missbrauchte Kinder und Jugendliche abgelehnt wurde. Sein zweiter Punkt war des Thema wachsende Armut von Kindern. Hier warf er der Regierung vor, zu wenig zu unternehmen. In seiner dritten „Hürde“ sprach er die Kinderrechte an und kam zu dem Fazit, dass der uneingeschränkt geteilte Wunsch nach einer Festbeschreibung der Kinderrechte in der Verfassung „nicht bis in die Haushaltsberatungen angedauert hat“.

**Ute Koczky** (GRÜNE) zählte Maßnahmen der Landesregierung auf, um die undifferenzierte Behandlung des Etatentwurfs durch die Opposition richtig zu stellen. Sie nannte Erhöhungen des Etats in den Bereichen Schuldner- und Verbraucherinsolvenz, Familienselbsthilfe, Abbau von Diskriminie-

zung, sexueller Missbrauch und Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf. Ihrer Ansicht nach sei die „Schwarzweißmalerei von CDU und FDP“ nicht gerechtfertigt. Darum gebe es auch keinen Grund, dem Haushaltsplan nicht zuzustimmen.

**Jugendministerin Birgit Fischer** (SPD) wies darauf hin, der Haushaltsplan für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sehe 2,5 Milliarden Mark vor. Die Mittel sollten schwerpunktmäßig für die Weiterentwicklung der Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern eingesetzt werden. Weiter sollten die Familien gestärkt, die Jugendarbeit und das Ehrenamt unterstützt, und die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensformen abgebaut werden. Allgemein stehe der Haushalt im Dienste von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Teilhabe – und damit für die Zukunftsperspektive von Kindern, Jugendlichen und Familien.

## Gesundheit

**Rudolf Henke** (CDU) verglich das Vorgehen der Regierung bei der Ausstattung des Krankenhausinvestitionsprogramms mit dem Absturz der Raumstation MIR: Beides führe auf den Punkt Null hin. Er beklagte die Politik gekürzter Ansätze im Suchtbereich, das Zurückfahren der Zuwendungen an kommunale Gesundheitskonferenzen, weniger Geld für Bildungsmaßnahmen, für Beschäftigte in der Altenhilfe und „die Auszehrung der Krankenhäuser durch das Land“. Für die CDU-Anträge zur Altenhilfe und zu den Krankenhausinvestitionen beantragte er plenare Abstimmung, die könne er den Koalitionsabgeordneten, die zuvor diese und andere Anträge zur Ausschussberatung abgelehnt hätten, nicht ersparen.

**Michael Scheffler** (SPD) wies auf die hochwertige Krankenhausversorgung in NRW

hin. Die SPD räume der Sozial- und Gesundheitspolitik einen hohen Stellenwert ein. Die Anträge von SPD und GRÜNEN zur Förderung der Alternenholung, der ambulanten Hospizdienste, der Sterbebegleitung, der Krebsberatungsstellen, sowie die Einrichtung von Drogenkonsumräumen und die Unterstützung für Tabakabhängige, Glücksspielsüchtige, Menschen mit Essstörungen und Kinder aus drogen- und suchtbelasteten Familien zeigten, dass in der Sozial- und Gesundheitspolitik Verlass auf die Koalition sei.

**Dr. Jana Pavlik** (FDP) warf der Koalition vor, für sie zähle nur die Macht der Lobbyisten, zu denen weder Alte noch Kranke noch Suchtabhängige gehörten. Die primäre Sorge einer verantwortlichen Gesundheitspolitik müsse sein, nicht an Wesentlichem zu streichen, sondern effizient und rechtzeitig eine effektive Gesundheitsfürsorge zu ermöglichen. Am Patienten orientierte, ortsnahe angebotene Vorbeugung und Vorsorge seien das Gebot der Stunde.

## Justizministerium

*Das Programm „Justiz 2003“ stand im Mittelpunkt der Erörterungen bei der Beratung des Einzelplans 04 des Justizministeriums.*

**Peter Biesenbach** (CDU) erklärte, im Justizhaushalt machten die Personalausgaben rund 70 Prozent der Gesamtausgaben aus. Zum Vergleich: Für Bauausgaben stünden 2,7 Prozent zur Verfügung. Und bei den sonstigen Investitionen im Bereich der Justiz veranschlage der Entwurf lediglich 2,6 Prozent der Gesamtausgaben. Das liege noch unter dem Ansatz des Vorjahres. Dieser Haushalt sei ein Beleg dafür, dass es die Landesregierung geschafft habe, sich sämtlicher Handlungsmöglichkeiten zu berauben – auch im Justizbereich.

**Frank Sichau** (SPD) sagte, „Justiz 2003“ gehe weiter und werde im Jahr 2003 sicherlich planmäßig seinen Abschluss finden. Dieses Programm stelle alles andere als einen Stillstand in der Justiz dar. Es zeige eine grundlegende Weiterentwicklung der Justiz. Das beginne mit der Gebäudetechnik, gehe über die Vernetzung, über die Hard- und Software und ende bei der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfortbildung, denn die Menschen müssten damit umgehen können.

**Jan Söffing** (FDP) betonte, auch im Jahr 2001 sei die Personalsituation in der Justiz durch eine chronische Unterbesetzung geprägt. Allein die Staatsanwaltschaften wiesen nach den Zahlen der Landesregierung einen Personalbestand von 35 Prozent aus. Nach den Skandalen bei den Staatsanwaltschaften in den vergangenen Monaten habe er so seine Bedenken, ob das vorhandene Personal ausreiche. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass man die Landesregierung, was den Bereich der Staatsanwaltschaften anbetreffe, „zum Jagen tragen muss“.

**Sybille Haubmann** (GRÜNE) unterstrich, man habe damit begonnen, den Weg zu einer Modernisierung der Justiz zu bestreiten. Es seien das Programm zur Ausstattung der Justiz mit Informationstechnik „Justiz 2003“ und das Konzept zum Abbau der Überbelegung der Haftanstalten auf den Weg gebracht worden. Ferner würden in allen Bereichen der Justiz Elemente der Verwaltungsmodernisierung im Sinne neuer Steuerungsmodelle angegangen und umgesetzt. Wie in allen Ressorts unterliege natürlich auch der Justizhaushalt den Beschränkungen unter dem Zwang der Haushaltskonsolidierung.

**Justizminister Jochen Dieckmann** (SPD) erklärte, man werde auch im kommenden Jahr die Intensivierung der Informations- und Telekommunikationstechnik weiter fortsetzen. Man werde allein in den Technikbereich über 136 Millionen Mark investieren. Man habe bei den Schwierigkeiten, die es gegeben habe, eingehakt. Man habe Verbesserungen entwickelt, die ihrerseits heute bundesweit Modellcharakter hätten. Der Minister bezeichnete das Programm „Justiz 2003“ als wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der Justiz.

## Stellenpläne

**Helmut Stahl** (CDU) machte darauf aufmerksam, dass NRW neben Niedersachsen das einzige Land sei, das einen weiteren Anstieg der Personalausgabenquote aufzuweisen habe. Alle anderen hätten sie gesenkt, an Rhein und Ruhr sei sie dagegen um drei Milliarden Mark gestiegen, die dem Land als Handlungsmasse entgangen seien. Diese Entwicklung gehe sogar noch weiter: Ausweislich der Zahlen des Finanzministers liege sie im Jahr 2006 noch einmal über dem heutigen Niveau. Offenbar werde trotz gegenteiliger Ankündigung nicht gewollt, dass das Personal im öffentlichen Dienst verringert werde. Zwar würden Organisationsuntersuchungen durch- und eine Personalagentur eingeführt, dennoch schaffe es die Landesregierung nicht, eine solide Aufgabenkritik umzusetzen. Die



Der Bottroper SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Strehl (l.) hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) Bastelmaterial überreicht, das die „Offene Tür“ der evangelischen Kirchengemeinde Bottrop-Batenbrock zusammengestellt hat. Mit dieser Aktion versucht die Kirchengemeinde auf Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit hinzuweisen. Die zurückgesandten Exponate sollen im Rahmen einer Ausstellung zugänglich gemacht werden.  
Foto: Schälte

würde dafür sorgen, „dass die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Landes nicht vor jeder neuen Einsparrunde zittern müssen“.

**Gisela Walsken** (SPD) qualifizierte den Personalhaushalt 2001 als ein stimmiges personalwirtschaftliches Konzept, das personalpolitisch ausgewogen sei. Sie frage sich, was die Kritik in der Darstellung der CDU zum Personalhaushalt solle. 41 Prozent Personalausgaben seien unstrittig ein großer Block; angesichts steigender Versorgungsaufwendungen sei mit zusätzlichen Belastungen zu rechnen. Mit dem Haushalt würden jedoch die Personalstellen um 3 635 durch realisierte kw-Vermerke zurückgeführt, das mache in jedem Jahr eine dauerhafte Entlastung um 360 Millionen Mark aus. Es gebe noch 21 400 weitere kw-Vermerke, von denen man in dieser Wahlperiode sicher weitere 9 000 Stellen abbauen werde. Mit der Personalagentur solle seit einem Jahr Personal aus Bereichen, wo Stellen abzubauen seien, in Bereiche mit Stellenbedarf verwaltungsintern vermittelt werden. Das sei ein ressortübergreifender Arbeitsmarkt innerhalb der Landesregierung. Daneben trete noch die wichtige Aufgabe der Qualifizierung. Die Vorbehalte könne man durch eine Selbstbindung der Ressorts überwinden.

**Angela Freimuth** (FDP) warnte vor Euphorie: Wenn die Agentur so weiter arbeite wie bisher, dann dauere es 148 Jahre, bis die 14 000 kw-Vermerke realisiert sein werden. Es gebe immer noch zu viele Ausnahmetatbestände gegen die Einbeziehung von Stellen in die Personalagentur. Man werde weiter beobachten müssen, ob die Agentur den Zielvorgaben entspreche und die Unterstützung der Kabinettsmitglieder finde. Gut sei der Modellversuch der Personalkostenbudgetierung mit klarer Einsparvorgabe. Damit habe sich die Landesregierung selber zum Erfolg verurteilt. Die FDP sei für eine Senkung der Personalquote und werde dabei jeden Versuch unterstützen.

**Sybille Haußmann** (GRÜNE) fand, im Personalhaushalt finde sich die Notwendigkeit wider, „die Personalausgaben zu konsolidieren und gleichzeitig die wichtigen Aufgaben des Landes nicht zu vernachlässigen“. Das sei eine schwer zu bewältigende Gratwanderung. Die Ressorts müssten weiter umstrukturieren, sich auf das Wesentliche konzentrieren „und auch einmal andere machen lassen, was privatwirtschaftlich effektiver erledigt werden kann“. Mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb und dem Landesbetrieb für Straßenbau habe man diesen Weg eingeschlagen, sie hoffe, dass man so langfristig zu Personaleinsparungen kommen wird. Personal sei die wichtigste Ressource in einem Unternehmen, die es nachhaltig zu pflegen und zu fördern gelte.

**Finanzminister Peer Steinbrück** (SPD) nannte die CDU „schizophren“, wenn sie auf der einen Seite Personalabbau fordere und gleichzeitig an die 10 000 zusätzliche Stellen für Lehrer, Polizeibeamte und Justizvollzugsbeamte verlange. Man könne auch nicht wie die CDU in den letzten Jahren immer neue Anträge vorlegen, die eine weitere Personalaufblähung zur Folge hätten. Außerdem vermisse er immer wieder seriöse Deckungsvorschläge der Opposition bei ihren Anträgen. In Schule, Hochschule, bei



Die Debatte über den Einzelplan des Finanzministeriums machte es noch einmal deutlich; Sparen ist angesagt: v. l. Helmut Diegel (CDU), Erwin Siekmann (SPD), Angela Freimuth (FDP), Edith Müller (GRÜNE) und Finanzminister Peer Steinbrück (SPD).  
Fotos: Schälte

Polizei und Justiz habe es mehr Personal gegeben, dadurch sei der Abbau an anderer Stelle kompensiert worden, erklärte der Minister, dennoch sei man entschlossen, in diesem Jahr 3 800 Stellen abzubauen, ein sehr ehrgeiziges Ziel, wie der Minister einräumte, aber er halte es für zwingend erforderlich.

## Finanzministerium und Allgemeine Finanzplanung

*Nach der Debatte über den Einzelplan 12 (Finanzministerium) und damit verbunden die Allgemeine Finanzplanung, die mit den Stimmen der Koalition und gegen das Votum von SPD und FDP in zweiter Lesung angenommen wurden, hat der Landtag den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2001 einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss rücküberwiesen.*

**Helmut Diegel** (CDU) nannte es unseriös, wenn der Finanzminister die fehlende Deckung bei CDU-Anträgen herausstreiche; das stimme nicht. Im Gegenteil, die SPD kündige 6 000 neue Lehrerstellen an und bringe keine eigene Deckung im Personalhaushalt. Außerdem sei bis heute die erforderliche Korrektur der mittelfristigen Finanzplanung um die 2,2 Milliarden Mark unterblieben, die die „Lehrerübung“ der Koalition kosten werde. Wie die Personalsteuerquote gesenkt werden solle, wenn 6 000 neue Stellen geschaffen werden sollen, ohne an anderer Stelle eine einzige zurückzuführen, sei unseriös und lasse keine eigene Handschrift erkennen. Da habe die Landesregierung noch viel zu tun.

**Erwin Siekmann** (SPD) fasste zusammen: „Der Einzelplan 12 wird seinen wichtigen Aufgaben gerecht und leistet dennoch einen notwendigen, angemessenen Beitrag zu den unverzichtbaren Konsolidierungsmaßnahmen.“ Beim Personal, das speziell in diesem Bereich sechs Siebtel der Ausgaben ausmache, müsse man beachten, dass es für den zeitnahen Einzug aller berechtigten Steuereinnahmen zu sorgen habe; damit werde nicht ein Gebot der Steuergerechtigkeit erfüllt, sondern in erster Linie eine umfassende Mittelbeschaffung gewährleistet. Der Sprecher beklagte die vielfältigen und komplizierten Änderungen im

Steuerrecht und die Zusatzbelastung, die im Zusammenhang mit dem Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersversorgung zu erwarten sei. Dazu sei die Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologien unverzichtbar.

**Angela Freimuth** (FDP) forderte im Interesse der nachfolgenden Generationen und der politischen Handlungsfreiheit die Reduzierung der Neuverschuldung und größere Anstrengungen beim Kreditabbau. Auch sie bemängelte, dass den Mitarbeitern der Finanzverwaltung immer neue Aufgaben übertragen würden, während die Verwaltung zugleich gehalten sei, kw-Vermerke zu erbringen. Da müsse man die Frage stellen, ob tatsächlich alles so bleiben könne oder ob nicht eine Fortschreibung des Organisationsgutachtens von 1993 erfolgen sollte.

**Edith Müller** (GRÜNE) meinte, bei der Aufstellung des Haushalts 2001 habe man in der Koalition sorgfältig Maß gehalten; jetzt liege ein solider Haushalt vor, der Perspektive habe und Weichenstellungen über ein Jahr hinaus beinhalte. So würden der Konsolidierungskurs fortgesetzt und die Nettoverschuldung reduziert. Sie wies zurück, dass das Konzept zur Finanzierung der Lehreroffensive auf tönernen Füßen stehe — entgegen aller wiederholten Behauptungen der CDU. Des Weiteren enthalte der Haushalt intelligente Instrumente wie den Bahnflächenpool und achte auf die besonderen sozialen und ökologischen Anliegen, die ihre Fraktion für dieses Land verfolge.

**Finanzminister Peer Steinbrück** (SPD) sah die Forderung nach einer Änderung der mittelfristigen Finanzplanung als „geradezu aberwitzig“ an. Die Fortschreibung sei einmal im Jahr zu leisten und erfolge in Zusammenhang mit der Erarbeitung des Haushaltsplans. Er, Steinbrück, habe nie davon gesprochen, der Bau- und Liegenschaftsbetrieb könnte schon im Jahr 2002 nicht weniger als 250 Millionen Mark erwirtschaften; das sei eine „Luftbuchung“, von der die CDU wisse. Die Koalition habe sich die Reduzierung der Nettokreditaufnahme vorgenommen, das gelinge trotz der Mindereinnahmen aus der Steuerreform des Bundes. Entgegen der ursprünglichen Planung sei es sogar möglich, die Nettokreditaufnahme um 290 Millionen Mark abzusenken, rechnete der Finanzminister vor.

## Effiziente Polizeiarbeit erfordert qualifiziertes Personal

### Alle vier Fraktionen für Anwärter im gehobenen Dienst

In der Plenarsitzung des Landtags wurden am 23. März der Antrag der SPD und GRÜNE sowie die Entschließungsanträge der CDU und der FDP zur effizienten Polizeiarbeit einstimmig an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform übergeben. Im Antrag der Koalition forderte der Landtag die Landesregierung auf, ab 2002 nur noch Einstellungen in den höheren und gehobenen Dienst vorzunehmen und bis 2010 alle Stellen des mittleren Dienstes in Stellen des gehobenen Dienstes umzuwandeln, so dass es allen Polizeibeamtinnen und -beamten möglich ist, die Besoldung A 12/A 13 zu erreichen. In dem Entschließungsantrag der CDU wird die Landesregierung zu einem Konzept aufgefordert, in dem die Einführung der zweigeteilten Laufbahn nicht auf Kosten notwendiger Stellenausweitungen und erforderlicher Strukturverbesserungen gehe. Die FDP-Fraktion verlangt von der Landesregierung, Fachhochschulabsolventen den ungeprüften Bewerbern vorzuziehen. Außerdem wolle sie eine Übersicht über die Stellen, die man mit Angestellten besetzen könnte, ein Konzept über effizienten Einsatz des Personals der Direktion für Ausbildung der Polizei (PAD) und der Polizei-Ausbildungs-Institution (PAI) sowie Vorschläge, wie Lehrbeauftragte aus den Kreispolizeibehörden gewonnen werden könnten.

**Jürgen Jentsch** (SPD) war der Überzeugung, mit der NRW-Linie die Orientierungsdefizite aufzufangen zu haben. Die Linie betone Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit, insbesondere aber die Verhaltensideale „Humanität“, „Liberalität“, „Bürgernähe“ und „Wirksamkeit“ als Voraussetzungen und damit als Grundlage für polizeiliches Handeln. Dabei käme es nicht auf die Polizeistärke an, sondern auf die Ausbildung, die Fort- und Weiterbildung, denn Qualität sei die Voraussetzung für effektive Polizeiarbeit. Mit diesem Antrag lege die Fraktion einen weiteren Meilenstein in der Weiterentwicklung der Polizei. Man sei sich auch über anfallende Kosten im Klaren und habe deshalb mit den Gewerkschaften darüber diskutiert, dass diese Weiterentwicklung nur in mehreren Jahresschritten umzusetzen sei.

**Theodor Kruse** (CDU) sah die Einführung der zweigeteilten Laufbahn als gravierenden Einschnitt in der Personallaufbahn des Polizeivollzugsdienstes an. Zwar sei dieser Schritt generell auch im Sinne der CDU-Fraktion, „wenn denn nur die Umsetzung von einem klaren, finanziell soliden und in die Zukunft weisenden Konzept der Antragsteller getragen würde“. Das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger habe im Mittelpunkt zu stehen. Deshalb sei es unverantwortlich in den nächsten fünf, zehn oder fünfzehn Jahren, das Personal nicht aufzustoßen. Er wies darauf hin, dass eine Höhergruppierung die Beamten nicht automa-

tisch fähiger mache und begründete damit die Forderung nach Neueinstellungen.

**Monika Düker** (GRÜNE) erklärte, man brauche für die hohen Anforderungen, die an den Polizeivollzugsdienst gestellt werden, ein gut qualifiziertes und ein angemessen besoldetes Personal. Das sei Ziel der Koalition. Ein weiteres Ziel der GRÜNEN-Fraktion sei eine bürgernahe Polizei, in der sich die gesellschaftliche Struktur widerspiegele. Der Anteil von Frauen auch und gerade in Leitungsfunktionen und der Migrantinnen und Migranten in der Polizei müsse gefördert werden. Sie betonte nochmals die drei Säulen des Koalitionsvertrags: „Prävention, konsequente Strafverfolgung und Opferschutz“ und gab die verbindliche Zusage für „eine gut ausgebildete, technisch moderne und angemessen besoldete Polizei“, 140 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

**Horst Engel** (FDP) bedankte sich bei den Beamtinnen und Beamten, die Tag und Nacht rund um die Uhr für die Sicherheit sorgten. Er erklärte, die freien Demokraten wollten den Prozess der zweigeteilten Laufbahn aktiv begleiten. Bevor man sich jedoch neuen Projekten widme, sei es unumgänglich, sich von „Altlasten und Ungerechtigkeiten“ zu befreien. Er sprach Bedenken aus, dass eine Höherstufung der Besoldung eine Demotivation der Beamtinnen und Beamten zur Folge hätte. Es sei nicht mehr notwendig, sich den Anstrengungen, die das Fach-

hochschulstudium mit sich bringe, auszusetzen. Im Antrag der Koalitionsfraktionen fehle ihm auch die Förderung der Polizeiausbildungsinstitute. Es reiche nicht aus, nur die Fachhochschulen zu unterstützen.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) bezeichnete die zweigeteilte Laufbahn als eins der wichtigsten innenpolitischen Projekte dieser Legislaturperiode. Was dadurch erreicht werde, sei mehr, als man vor zwei Jahren zu träumen gewagt hätte. Auch er lobte die gute Arbeit der nordrhein-westfälischen und der gesamtdeutschen Polizei. Und auch die Arbeit der letzten neun Regierungsjahre, in denen nach dem Kienbaum-Gutachten gelungen sei, die Zahl der im gehobenen Dienst tätigen Polizeibeamten von 27 auf 78 Prozent zu erhöhen. Dies sei allerdings noch keine Zahl, um sich darauf auszurufen. Behrens: „Wir werden jetzt konsequent vollenden, was unter Herbert Schnoor begonnen und unter Franz-Josef Kniola fortgesetzt worden ist. Das ist gut für unsere Polizei, und es ist damit auch gut für unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger.“

**Jürgen Jentsch** (SPD) betonte, dass seine Fraktion die Diskussion mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP), dem Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) und dem Beamtenbund gesucht habe und weiterhin suchen werde und das man sich einig sei, den Weg zusammen zu gehen. Er forderte die CDU-Fraktion auf, ihre Meinung über die zweigeteilte Laufbahn klar darzulegen: „Die Leute wollen hören, was Sie sagen, und nicht immer diese Hin-und-her-Eierei.“

**Theodor Kruse** (CDU) erklärte, die CDU-Fraktion sei selbstverständlich für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn, allerdings nur in Verbindung mit einer Stellenplanausweitung. Er verwies auf eine Kleine Anfrage, in deren Antwort die Landesregierung einen Rückgang von 2 000 Polizeibeamten seit 1995 bestätigte. Der „schleichende Personalabbau“ der Polizeibehörden führe zu mehr Einsätzen von privaten Sicherheitsdiensten. Diese Politik erfahre von der CDU keine Unterstützung.



Als Meilenstein für die NRW-Polizei sahen die Rednerin und die Redner aller Fraktionen die Abschaffung des mittleren Dienstes bei der Polizei und die Einführung der zweigeteilten Laufbahn (gehobener und höherer Dienst) an, v. l. Jürgen Jentsch (SPD), Theo Kruse (CDU), Monika Düker (GRÜNE), Horst Engel (FDP), Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD).  
Fotos: Schälte

## Landwirtschaftsausschuss fasst einstimmig EntschlieÙung in Sachen MKS

### Oberstes Ziel: Übergreifen der Seuche nach Nordrhein-Westfalen verhindern

Auf Antrag aller vier Fraktionen hat der Landwirtschaftsausschuss unter dem Vorsitz von Marie-Luise Fasse (CDU) am 29. März auf einer eigens einberufenen Sitzung über die zunehmende Bedrohung für die Landwirtschaft im Lande durch die Maul- und Klauenseuche (MKS) debattiert und einstimmig eine EntschlieÙung verabschiedet (siehe nebenstehender Kasten). Zuvor hatte Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) den Stand der Erkenntnisse und die eingeleiteten Maßnahmen in einem Bericht geschildert.

Dabei hatte die Landwirtschaftsministerin deutlich erkennen lassen, dass sie mit der Politik der EU in Sachen BSE und MKS ziemlich über Kreuz ist. Die EU solle ihre Vorbehalte gegen die 1992 aus wirtschaftlichen Gründen (Fleischexport auf den Weltmarkt) verbotenen MKS-Impfungen aufgeben: „Dieses Weltmarktargument überzeugt jetzt, wo die USA ihren Markt für EU-Importe bereits gesperrt haben, immer weniger.“ Zum anderen sei es widersinnig, gerade zu einem Zeitpunkt, wo in Frankreich zwei und in den Niederlanden acht MKS-Verdachtsfälle bestätigt worden seien, die Ankaufaktion für Rinder zu starten: Wenn die Bauern ihre Rinder zu den Schlachthöfen fahren, sei dies für den MKS-Erreger eine gute Gelegenheit, sich über die benutzten Fahrzeuge weiter auszubreiten und zu Hause im Stall die Schweine anzustecken. Im Übrigen sei die EU-Kommission inkonsequent, weil immer noch so genannte „schwimmende Ware“, also per Schiff transportiertes Rindfleisch aus Argentinien, geliefert werden dürfe, mit der Begründung, dass der Transport die Viren abtöte.

Die Ministerin verbat sich „lockere“ Sprüche eines Berliner Innenstaatssekretärs, mit denen der auf ihre Bitten um konsequentere Kontrollen an den Grenzen zu den Niederlanden (und Frankreich) reagiert hatte. Besonders an der nordrhein-westfälisch-niederländischen Grenze seien diese Kontrollen „sehr lasch“, fügte sie an, da könne man nicht antworten, ihre, Höhns, Vorwürfe seien unbegründet. Es gehe jedenfalls nicht an, dass deutsche Bauern die Kontrolle übernehmen, um ein Überschwappen der Seuche nach NRW zu unterbinden. Rainer Priggen (GRÜNE) bestätigte aus eigener Anschauung die unzureichenden Grenzkontrollen im Aachener Raum und appellierte an den Bundesinnenminister, „nach Gorleben“ das Personal an die Grenze in Gang zu setzen.

In Richtung der Behörden in den Niederlanden ging die Bitte, die auf der Ministerebene hervorragenden Kontakte mögen sich auch auf die täglichen Kontakte der Beamten übertragen. So hätten die nordrhein-westfälischen Behörden gerne früher von Verdachtsfällen in den Niederlanden gewusst; der eine Tag zwischen der holländischen Verdachtsmeldung und der Bestätigung des MKS-Ausbruchs sei einfach zu wenig, um auf deutscher Seite die erforderlichen Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

Die Ministerin kritisierte ebenso wie Irmgard Schmid (SPD) Tiertransporte, die noch nach Bekanntwerden des Verdachts zwischen den Niederlanden und anderen Bundesländern nach NRW erfolgt seien. Schmid forderte, den Landwirten vor Ort zu helfen und in den Mastregionen zu mehr geschlossenen Systemen bei Aufzucht und Verwertung zu kommen. Kriminelles Handeln bei Transporten müsse, so Schmid weiter, nachdrücklich bestraft werden.

Wie es um die Haustiere bei Auslandsreisen bestellt sei, wollte für die FDP-Fraktion Dr. Stefan Romberg wissen. Darauf riet Höhn, bei der Mitnahme etwa von Hunden nach den Niederlanden sehr vorsichtig zu sein. Der Hund komme zwar raus, ob er aber bei der Einreise wieder nach Deutschland gelassen werde, das hänge sehr von der weiteren Entwicklung ab. Sie rate deshalb dazu, die Hundebesitzer sollten sich für die Osterferien für ihr Haustier um eine Bleibe hierzulande bemühen.

Eckhard Uhlenberg (CDU) nannte die Frage der Impfpolitik bei der MKS-Bekämpfung entscheidend und regte daher eine gemeinsame Resolution des Ausschusses in dieser Sache an. Es sei an der Zeit, in Richtung Berlin und Brüssel eine klare Sprache zu sprechen. Ein funktionierender Impfstoff sei vorhanden, jetzt müsse flächendeckend gehandelt werden; es habe keinen Zweck, die Sache zu zerreden. Die Ministerin: Sie sei sehr für vorbeugende Impfungen, in NRW stünden dafür 600 000 Impfdosen sofort zur Verfügung. Es müsse jetzt Druck gemacht werden, aber auch gegenüber anderen Bundesländern wie Bayern, das jüngst noch einer solchen Maßnahme nicht zugestimmt habe.

#### Gemeinsame EntschlieÙung:

#### Impfungen ermöglichen!

*Einstimmig hat der Landwirtschaftsausschuss am Ende seiner Sondersitzung folgende Resolution angenommen:*

„Mit Mitgliedern aller Fraktionen im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz fordern die Landesregierung auf, weiterhin alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, um ein Übergreifen der Maul- und Klauenseuche auf NRW und Deutschland zu verhindern.

Darüber hinaus sind folgende Maßnahmen unverzüglich einzuleiten:

1. Initiative der Bundesregierung in Richtung EU-Kommission, um die Durchführung von vorbeugenden Schutzimpfungen zumindest in den Grenzregionen gegen den zurzeit in Europa grassierenden Virustyp zu ermöglichen,

2. konsequente Grenzkontrollen,

3. kurzfristige Impfungen seltener Tierarten und von Zoo-, Gehege und Zirkustieren.

Sämtliche Maßnahmen sind möglichst bundeseinheitlich durchzuführen. Hierzu ist eine Sensibilisierung der Bundesregierung und sämtlicher Landesregierungen erforderlich, um die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen zu gewährleisten. Hierfür werden sich alle Mitglieder des Ausschusses einsetzen.“

*Ausschusssitzung im Zeichen der zunehmenden Bedrohung des Landes durch die inzwischen auch in den Niederlanden ausgebrochene Maul- und Klauenseuche: Ausschussvorsitzende Marie-Luise Fasse (r.) und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (l.). Foto: Schälte*



## Expertengespräch im Frauenausschuss (II)

### Schwangere brauchen oft Lebensberatung

Im Bericht in der vorigen Ausgabe über das Expertengespräch der Ausschüsse für Frauenpolitik und für Kinder, Jugend und Familie über die künftige Gestaltung der Beratungsstellen für Schwangerschaftskonflikte am 16. März im Landtag wurden (gekürzte) Stellungnahmen des Sprechers Schranz der kommunalen Spitzenverbände, von Dr. Karl-Heinz Vogt (Katholisches Büro), Sibrand Foerster (Evangelisches Büro), Dietmar Berkemann (Pro Familia NRW) und Christa Pesch (Caritasverband) wiedergegeben. Nachstehend weitere Stellungnahmen und eine Zusammenfassung der Diskussion, in der das Konzept der Landesregierung zur wohnortnahen und pluralen Versorgung überwiegend positiv bewertet wurde. Die Experten hielten den Ausbau und die Qualifizierung für präventive Arbeit (sexualpädagogische Beratung) mit zusätzlichem Personal für notwendig.

Brigitte Rademacher (Donum vitae) hielt eine Hinweispflicht auf andere Beratungsstellen für sehr wichtig und betonte, alle Träger hätten gleichermaßen die Frau und das werdende Leben im Blickfeld. Nach Fragen der Ausschussmitglieder Michael Scheffler und Renate Drewke (beide SPD), Regina van Dinther, Ursula Monheim und Jutta Appelt (alle CDU), Marianne Hürten (GRÜNE) und Brigitte Capune-Kitka (FDP), in denen auch zunehmende Schwangerschaften von Minderjährigen (1907 pro Jahr in NRW) angesprochen wurden, antwortete Dr. Karl-Heinz Vogt, die katholische Kirche lege fest, ob Donum vitae, Caritas-Verbände und der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) als kirchliche Träger in ihrem Sinne aktiv seien. Sibrand Foerster beschrieb als Problem die Förderung aus unterschiedlichen Haushaltstöpfen und hielt eine Neuordnung für dringlich. Das multifunktionale Team sei das Gebot der Stunde. Angesichts des gesetzlichen Rahmens könne das Land die Förderung nicht zur freiwilligen Leistung erklären. Die Einbeziehung der Ärzte halte er für ein Felgenblatt und Fallpauschalen für nicht sinnvoll.

Christa Pesch sagte zum Thema Hinweispflicht, eine Caritas-Beratungsstelle könne nicht eine andere zur Scheinvergabestelle degradieren. Der Versorgungsschlüssel des Landes von 47 Vollzeitstellen werde dem Bedarf der schwangeren Frauen nicht gerecht. Im Bereich des Erzbistums Köln seien im Jahr 2000 mangels Personal 2406 Frauen abgewiesen und wegen Unterversorgung jetzt 117 neue Fachkräfte aufgenommen worden. Allein beim SkF Köln hätten voriges Jahr 1406 Frauen keinen Termin bekommen können.

Brigitte Rademacher von Donum vitae betonte, ihr Verein sei weltlich, kein kirch-

### Bedarfsdeckung

Zum CDU-Antrag „Hilfe und Beratung für Frauen in den Mittelpunkt stellen – Schwangerenberatung plural und bedarfsgerecht weiterentwickeln“ (Drs. 13/605) übermittelte Staatssekretärin Cornelia Prüfer-Storcks (NRW-Familienministerium) dem Ausschuss für Frauenpolitik eine Stellungnahme, in der sie auf die Plenardebatte vom 24. Januar 2001 verwies.

Die Leistung und die Qualität der katholischen Beratungsstellen seien von allen Fraktionen gewürdigt und die Einbeziehung von Donum vitae in das Beratungssystem begrüßt worden. Der Aufnahme der kommunalen Träger in die Landesförderung und dem Ausbau bei evangelischen Trägern sowie AWO und Pro Familia sei zugestimmt worden. Der finanzielle Kraftakt der Landesregierung (32 Millionen Mark im Haushalt 2001) werde anerkannt. Die von der CDU geforderte weitere Förderung katholischer Beratungsstellen werde von der Mehrheit des Parlaments und der Landesregierung abgelehnt.

Zur Förderung seien 117 neue Vollzeitstellen vorgesehen, und zwar 18 bei AWO, 26 beim Paritätischen Wohlfahrtsverband/Pro Familia, 27 bei evangelischen Trägern, 44 bei Beratungsstellen katholischer Laienorganisationen, 2 bei kommunalen Stellen. Insgesamt werde es zum 31. Dezember 2001 273 Vollzeitfachkräfte geben. Die Verteilung sichere ein ausreichendes konfessionelles Angebot, verschiebe jedoch deutlich das Gewicht zugunsten nichtkonfessioneller Träger. Zusammen mit Familienberatung und Ärztinnen und Ärzten werde der Bedarf Rat suchender Frauen durch 410 Stellen erfüllt.

licher Träger, und die Beratung gehe vom persönlichen Verantwortungsbewusstsein aus. Das Land solle definieren, was Weltanschauung und was Pluralität ist. Wegen unsicherer Kofinanzierung sei Donum vitae nicht etabliert. Zu Schwangerschaften Minderjähriger wies sie auf fehlende Ich-Verantwortung als Hauptproblem hin, dem Verhütung nachstehe.

Nach einer weiteren Fragerunde der Abgeordneten erläuterte Christa Pesch, zwei Drittel der Frauen kämen nach der 12. Schwangerschaftswoche, wenn Abbruch nicht mehr aktuell sei. Sie hätten sich für

das Kind entschieden, jedoch träten Konflikte auf. Caritas-Stellen wollten im Versorgungsschlüssel berücksichtigt werden, weil sie bei 31 306 Frauen pro Jahr eine hohe gesetzliche Leistung erbrächten. Sibrand Foerster hielt Donum vitae der katholischen Laienbewegung für eine wunderbare Einrichtung, die der evangelischen Kirche als Gast der Diakonie ein riesiges Problem schaffe. Die Arme-Träger-Regelung müsse geändert werden.

Im dritten Beratungsblock (weltliche Träger) sprach Dietmar Berkemann (Pro Familia) das Problem der kommunalen Förderung „nach Gutsherrenart“ an und wies auf das Fehlen von Mitteln wie Kirchensteuern bei weltlichen Trägern hin. Sexualpädagogische Arbeit sei personalintensiver als im Konzept des Landes vorgesehen. Daniela Braun (Arbeiterwohlfahrt) hielt Kriterien für den Bedarf und die Komplementärfinanzierung für notwendig und die 50-Prozent-Anrechnungsquote der Ärzte für zu hoch. Durch den Ausstieg der katholischen Kirche gerate die gesamte Landschaft in Bewegung, das sei zu begrüßen. Im Beratungsfeld gehe es immer um multikausale Zusammenhänge; es solle möglichst nicht in Segmente aufgeteilt werden.

Dörthe van der Voort (Paritätischer Wohlfahrtsverband) stellte, auch unter Bezug auf ihre Vorredner, fest, die Ausbauplanung des Landes sei der erste Schritt in die richtige Richtung: Konkretisierung der Bedarfsmargen am Versorgungsraum und Orientierung am Nachfrageverhalten. Bei Finanzverhandlungen seien unzureichendes Wissen und (zu geringe) Bewertung bei Politik und Verwaltung festzustellen. Bei künftiger Spezialisierung solle wie in anderen Beratungsfeldern Selbsthilfe mehr Gewicht erhalten.

Dr. Margot Gebhardt-Benirschke (Universität Wuppertal) erklärte, aus juristischer Sicht sei die Einheit von Schwangeren- und Familienberatung bereits im Gesetz festgelegt, allerdings auch eine Unterscheidung. Eine Konfliktberatungsstelle könne nur anerkannt werden, wenn die den gesamten Bereich vorhalte. Darüber hinaus müssten alle Fachkräfte in kurzer Zeit hinzugezogen werden können.

Kirsten Trittermann (Bundesfamilienministerium) schloss sich den Ausführungen der Vorrednerin an und erläuterte, die Landesregierung dürfe, müsse aber nicht kombinierte Angebote fördern. Pluralität sei in deren Konzept gewährleistet. Die Unterscheidung zwischen katholischer und evangelischer Prägung bleibe dem Land überlassen, der Bundesgesetzgeber mache keine Vorgaben. Die katholische Glaubensprägung müsse angesichts des hohen Bevölkerungsanteils vertreten sein. Katholische Laienträger entsprächen dem pluralen Konzept. Bei Wohnortnähe spiele auch eine Rolle, ob eine Frau schon Kinder habe. Auf dem Lande könne das Aufsuchen einer weiteren Beratungsstelle eine Zumutung sein. Das spreche für ein kombiniertes Beratungsangebot. Nach Fragen der Abgeordneten ergänzte sie, die Zuständigkeit der kommunalen Ebene sei im Bundesgesetz nicht geregelt. Im Herbst 2001 werde es eine weitere Bund-Länder-Besprechung geben, um Daten über die unterschiedliche Förderlandschaft zu bekommen. Dietmar Berkemann fügte hinzu, das Land NRW gehöre zum oberen Drittel bei der Höhe der Förderung.

„Die katholischen Beratungsstellen werden von Frauen aller Religionen und Konfessionen sowie unterschiedlichster Staatsangehörigkeiten aufgesucht – dies nicht zuletzt wegen des umfangreichen Hilfenetzes. Von den Frauen wird die Beratung deshalb geschätzt, weil diese die persönliche, psychosoziale, soziale, wirtschaftliche, materielle und berufliche Lebenssituation in den Beratungsprozess einbezieht und umfassende Hilfen zur Bewältigung einer Notlage – auf Wunsch bis zum dritten Lebensjahr des Kindes – bereitstellt.“

(Christa Pesch, Caritasverband Erzbistum Köln)

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Detlev Samland (SPD), unterrichtete den Ausschuss über die Initiative der Europäischen Kommission zu „New Governance“. Es handele sich hierbei um eine Methodendebatte, wobei insbesondere die Fragen, wie Gesetze gemacht werden und wer Entscheidungsträger ist, von besonderer Wichtigkeit seien. Es handele sich hierbei um eine Initiative, die vor der Regierungskonferenz von Nizza auf dem Weg gebracht worden sei. Der „Post-Nizza-Prozess“ sei jedoch bedeutsamer. Er habe aus Gesprächen den Eindruck gewonnen, dass die Kommission mit dem Weißbuch zu „New Governance“ ohne Vertragsänderung nach einem Weg suche, ihre Rolle zu stärken. Zur Aufwertung der deutschen Sprache in der Europäischen Union berichtete Minister Samland über deutsch-französische Vereinbarungen zur wechselseitigen Unterstützung, falls die deutsche oder die französische Sprache nicht adäquat berücksichtigt werde. Er wies auf Ratsarbeitssitzungen hin, an denen Deutschland und Frankreich wegen fehlender Übersetzung solidarisch nicht teilgenommen hätten. Der Ausschuss wurde auch über eine Kampagne des Auswärtigen Amtes zur Stärkung der Chancen deutscher Bewerber beim Auswahlverfahren in der EU durch den Minister unterrichtet. Gegenwärtig schreibe

## Europapolitik

### Deutsche Sprache in der EU aufwerten

*Im Rahmen der Haushaltsberatungen nahm der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik in der von Ute Koczy (GRÜNE) geleiteten Sitzung am 5. März die von den Regierungsfractionen SPD und GRÜNE eingebrachten Anträge zu Änderungen in den Einzelplänen 01 (Landtag), 02 (Ministerpräsident) und 10 (Landwirtschaft) bei Enthaltung der CDU und FDP an. Beim Letzteren ging es um die Erhöhung des Titels „Zuschüsse für Projekte ziviler Konfliktbearbeitung im In- und Ausland“ um 400 000 auf eine Million Mark.*

die Kommission drei Auswahlverfahren mit insgesamt 400 Stellen aus, für die es etwa 16 000 Bewerber gebe. Es handele sich um die letzte Möglichkeit deutscher Bewerber, sich vor der anstehenden Erweiterung der Europäischen Union an einem derartigen Verfahren zu beteiligen. Dr. Bürger aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifizierung und Technologie unterrichtete den Ausschuss über die



Ausschussvorsitzende Ute Koczy (GRÜNE) mit Europaminister Detlev Samland (SPD). Foto: Schälte

Umsetzung der regionalisierten kofinanzierten Arbeitsmarktpolitik der EU. Aus dem Ministerium für Schule, Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung berichtete Dr. Christ über das Europäische Jahr der Sprachen. Die Initiative hierzu gehe auf den Europarat und die Europäische Kommission zurück. Das Land fördere und unterstütze diese Initiative. Im Jahr 2001 werde es hierzu eine Vielzahl von Veranstaltungen in NRW geben. (Näheres im Internet unter <http://www.learn-line.nrw.de/angebote/2001ejs/info/ziele.html>)

Eine allein erziehende Mutter von zwei Kindern im Alter von einem und drei Jahren hatte eine Freiheitsstrafe von 13 Monaten zu verbüßen. Wegen ihrer Kinder beantragte sie bei der Staatsanwaltschaft, die Zeit in der Mutter-Kind-Abteilung des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg verbringen zu dürfen. Der zuständige Rechtspfleger lehnte den Antrag ab, da alle Haftplätze in der Einrichtung besetzt seien. Die Petentin wurde zur Strafverbüßung in eine andere Justizvollzugsanstalt geladen. Die Kinder sollten in einer Pflegefamilie untergebracht werden. Während einer früheren Untersuchungshaft war das ältere Kind schon einmal in einer Pflegefamilie untergebracht, und das hatte

## Petitionsausschuss verhandelte mit Erfolg

### Alleinerziehende verbüßt Haft mit Kindern

*Der Petitionsausschuss verhalf einer verurteilten allein erziehenden Mutter von zwei Kleinkindern zu einem Platz im Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg, nachdem sie aus Sorge um die Kinder untergetaucht war. Er hofft, dass sie während der Strafverbüßung ihre Wohn- und Lebenssituation wieder neu ordnen kann.*

erhebliche Probleme gegeben. Deshalb wollte sich die allein erziehende Mutter auf keinen Fall von ihren Kindern trennen. In ihrer Not ist sie untergetaucht. Dies hatte zur Folge, dass die Petentin keine Wohnung mehr hatte, die Sozialhilfe eingestellt wurde, und dass man sie zur Festnahme ausschrieb. Nach einigen Monaten wurde die Situation für die Petentin so unerträglich, dass sie sich hilfesuchend an einen Kriminalbeamten im süddeutschen Raum wandte. Ihren Aufenthaltsort oder eine Telefonnummer gab sie allerdings nicht preis. Der Beamte bat sodann die stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, Brigitte Herrmann (GRÜNE), der Frau zu helfen. Umgehend wurden im Rahmen des Artikels 41 a der Landesverfassung verschiedene Gespräche mit der

Staatsanwaltschaft, der zuständigen Gnadenrichterin und dem Justizministerium geführt mit dem Ergebnis, dass der Petentin sehr schnell ein Haftplatz in der Mutter-Kind-Abteilung des Justizvollzugskrankenhauses zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Staatsanwaltschaft hatte keine Bedenken, sie dorthin zu laden.

Mit einem Schreiben vom 1. März bedankte sich die Petentin ausdrücklich beim Petitionsausschuss für die intensiven Bemühungen. Zwar sei auch die Zeit in der Mutter-Kind-Abteilung für sie und ihre Kinder nicht einfach, sie rechne aber mit einer vorzeitigen Entlassung aus der Haft im Herbst 2001. Außerdem hätte sie so die Möglichkeit, auch unter Inanspruchnahme von Straurlaub, den Kontakt zum Vater der Kinder aufrechtzuerhalten.

### Parlamentarische Gruppe Bahn

In der Vorstandssitzung der Parlamentarischen Gruppe Bahn am 27. März wurden Harald Holler und Kai Rossmann als Geschäftsführer bestätigt. Als Termin für die Veranstaltung mit Bahnchef Hartmut Mehdorn wurde der 4. Oktober festgelegt.

## Mehr Ortsumgehungen im Haushalt 2001

*Im Verkehrsausschuss stellte die Landesregierung am 28. März das Benehmen mit dem ihrem Landesstraßenbauprogramm 2001 (Vorlage 13/606) her. SPD, CDU und GRÜNE stimmten dem Maßnahmenkatalog zu, die FDP stimmte dagegen. Staatssekretär Jörg Hennerkes erläuterte, in der neuen Vorlage sei, nach Erhöhung der Straßenbaumittel um 25 auf 150 Millionen Mark in 2001, noch die Anfinanzierung von vier Ortsumgehungen (Lövenich, Alsdorf, Niederkassel und Oberhundem) aufgenommen worden. Ferner würden bereits enthaltene Maßnahmen um 15,5 Millionen Mark*

*verstärkt. Der Staatssekretär informierte ferner über Brückenbaumaßnahmen im Zuge der ICE-Bahnstrecke Köln–Frankfurt, des Dortmund-Ems- und des Rhein-Herne-Kanals, deren Kosten das Land übernehmen müsse. Er hatte eingangs auf die „Premiere“ der erstmaligen Verantwortung des Landes (durch die Gründung des Landesbetriebs Straßenbau) hingewiesen und erwähnt, dass Vorschläge der Regionen erst ab 2002 berücksichtigt würden, wenn die Regionalräte sich konstituiert hätten.*

Heinz Hardt (CDU) stimmte dem Straßenbauprogramm namens seiner Fraktion zu, wengleich diese wegen des großen Bedarfs 180 Millionen Mark im Haushalt 2001 für richtiger gehalten hätte. Gerd Wirth

(SPD) erwähnte zwei weitere privat vorfinanzierte Maßnahmen, so dass das Gesamtvolumen 200 Millionen Mark betrage. Wirth betonte außerdem, erstmals habe das Parlament den Straßenbautitel erhöht. Einem von Marianne Thomann-Stahl (FDP) vorgelegten Antrag, den Landesstraßenabschnitt Minden-Hahlen noch aufzunehmen, sagte Ministerialrat Bernd Ketteniß Berücksichtigung bei weiteren Ergänzungsvorlagen zu, wenn Baureife vorliege. Für die GRÜNEN erklärte Oliver Keymis das Straßenbauprogramm für vernünftig und klug. Zur Frage von Gerhard Lorth (CDU), ob das Land für Maßnahmen aufkommen müsse, die durch Ausbauprojekte der Bahn entstünden, wies er auf den Drittel-Pflichtanteil des Landes bei der Beseitigung von Bahnübergängen hin.

## Buch über den ersten gewählten Regierungschef ist brauchbar für Schulunterricht

# Adenauer blieb dem Schwaben Karl Arnold politisch fremd

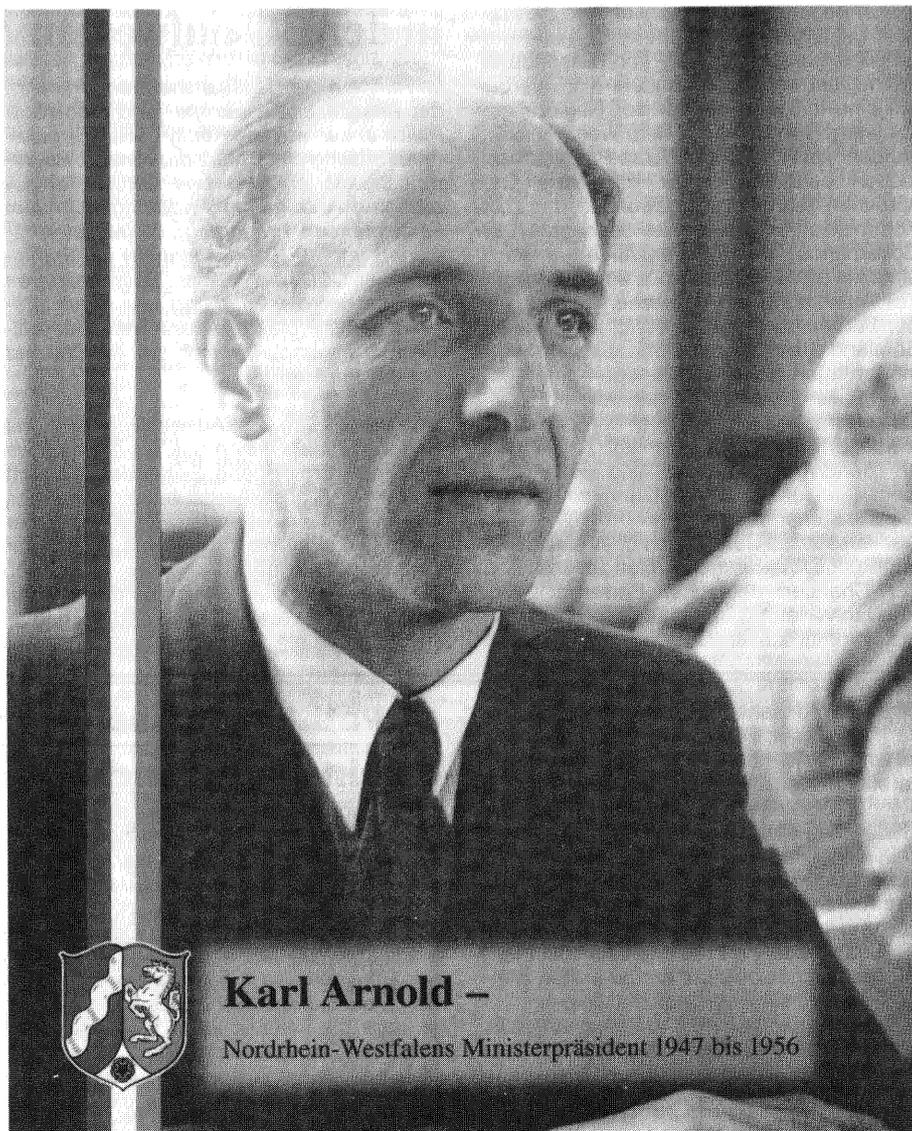
*Dies vorweg: Wenn das demoskopische Resultat stimmt, dass 84 Prozent der deutschen Schüler mehr über ihr Land und dessen Geschichte wissen möchten, böte es sich an, das Buch über Karl Arnold, den ersten gewählten Nachkriegs-Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, und dessen Zeit im Unterricht zu verwenden. Denn die 270 Seiten sind lehrreich, voller Geschichte und Geschichten.*

Was war das für ein Mann, der vor hundert Jahren in einem schwäbischen Nest zur Welt kam, der, wie man sagt, in kleinen Verhältnissen aufwuchs, dort rauswollte und als Jüngling auch herauskam? Karl Arnold war ein gerader Charakter, kein flotter Aufsteiger, auf den das abschätzige Wort Emporkömmling zugetroffen hätte. Arnold schlug nicht aus der Art, als er in Düsseldorf Fuß fasste, politischen Erfolg als Oberbürgermeister, Abgeordneter und Regierungschef des menschenreichsten Bundeslandes hatte. Der Mann blieb in Treue fest seinem (katholischen) Glauben verbunden, er war, wie so viele Männer und Frauen der Aufbaugeneration nach dem totalen Zusammenbruch Deutschlands, modischem Schnickschnack abhold.

Arnold war nicht aus ganz hartem Holz, nicht aus Kanzlerholz geschnitzt. Da gab es CDU-intern den anderen, älteren, kühleren, machtpolitisch versierteren Konrad Adenauer. Ausführlich wird im Buch das schlechte Verhältnis beider CDU-Granden zueinander beschrieben. Man liest Lehrstücke über parteinterne Kämpfe, über Grundsatzstreit, über List, vergiftete Offerten, über Geringschätzung beziehungsweise Verachtung des einen für den anderen. Adenauer war kühl bis ans Herz, man sagt, er sei im Grunde ein Menschenverächter gewesen. Dieser mit allen Wassern gewaschene Sohn des rheinischen Bürgertums blieb dem Schwaben und zugereisten Rheinländer Arnold menschlich und politisch ein Fremdling.

Das aufschlussreiche Kapitel über Karl Arnolds Sturz als Ministerpräsident 1956, und überhaupt die Charakterbeschreibungen, die sich an mehreren Stellen des Buches befinden, belegen, dass der strebsam-bildungshungrige Schusterjunge, der sich über die christliche Gewerkschaftsbewegung Respekt erworben und politisch-gesellschaftliche Stellung gesichert hatte, zwar manche politischen Schliche kannte und beherrschte; aber oft erlag er auch in einer Mischung aus Staunen, Angewidertsein und Erschlaffung den Rankünen seiner Widersacher.

Heftig schlug Arnolds soziales Herz, wie sein Biograph Detlev Hüwel an erster Stelle, aber auch andere Autoren herausgearbeitet haben. Auch das soziale Engagement ist ein Zeichen dafür, dass da jemand seine Herkunft nicht nur nicht verleugnen mochte, sondern gerade daraus den Antrieb bezog, sich stark zu machen für die, die nicht zu den Kindern der Sonne gehören. Der heutzutage viel zitierte Titel von Oskar Lafontaines Troztbuch „Das Herz schlägt links“ erinnert daran, dass auch Karl Arnolds Herz sozialpolitisch links pochte. Er war das, was später dem früheren CDU-Landesvorsitzenden und langjährigen Bonner Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm hämisch vorgehalten wurde: ein Herz-Jesu-Sozialist. Arnolds politisches Wirken in



**Karl Arnold –**

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident 1947 bis 1956

Nordrhein-Westfalen war ein einziges Credo für sozial verpflichtetes Wirtschaften. Der Grundgesetzartikel 14 Absatz 2 „Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, könnte aus Arnolds Feder stammen.

Den gründlichen Leser wird es womöglich irritieren, dass manches Faktum in den verschiedenen Kapiteln wiederholt wird. Das liegt daran, dass mehrere Kenner Arnolds und seiner politischen Wirkperiode geschrieben und wohl unbeabsichtigt zu Papier gebracht haben, was an vorhergehenden Stellen bereits mitgeteilt wird. Der Mangel erscheint verzeihlich, er schmälert jedenfalls nicht den informativen Wert des Buches insgesamt. Empfohlen sei vor allem Rheinländern und Westfalen der jungen Generation die Lektüre über die ungeheuren Anstrengungen nach dem Kriege, das auf Existenzkampf geschrumpfte Leben wieder erträglich zu machen, demokratische Strukturen zu schaffen und die Menschen damit vertraut zu machen. Es waren rechtschaffene, anpackende Männer und Frauen, es waren die Arnolds, die in den kargen Jahren die Weichen richtig stellten, damit es vorwärts und bald schon aufwärts gehen konnte.

Die politisch Verantwortlichen jener Jahre, auch das macht das Buch so brauchbar für den Schulunterricht, saßen nicht in gemachten Nestern, sie schafften vielmehr auf vielen Feldern des öffentlichen Lebens (im Wirtschaftsleben, im Verkehrs-, Versorgungs- und Schulwesen) die nötigen Grundlagen, damit sich später zwischen Aachen und Bielefeld, Münster und Bonn Nester des Wohlstands und der sozialen Sicherheit herausbilden konnten. Das Buch ist Heimatkunde im weiteren Sinne. Und es ist Menschenkunde. Es zeigt, was Menschen leisten können, wenn sie gefordert werden und wenn sie sich herausfordern lassen. Insofern handelt das Buch über Karl Arnold von einem wackren, vorbildlichen Manne.

Reinhold Michels

**Karl Arnold – Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens 1947 bis 1956, Band 13 der Schriftenreihe des Landtags, kann kostenlos über das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Landtags bezogen werden: Landtag NRW, Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf, Fax 02 11 / 8 84 30 22, email@landtag.nrw.de**

## Gerhard Eyckers wird 80



Gerhard Eyckers

Ministerialrat a. D. Gerhard Eyckers war von 1948 bis 1983 der erste Leiter des heutigen Referats „Bibliothek – Informationsdienste – Archiv“ im Landtag. Nach kaufmännischer Lehre in der Speditionsbranche und über fünf Jahren Arbeits-, Wehr- und Kriegsdienst sowie Gefangenschaft wurde er 1946 als Übersetzer für Englisch Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. Inzwischen ist er der einzig Überlebende aus dieser ersten Zeit im Mannesmannhaus am Rheinufer und der Tagungen in den Henkel-Werken; ein inzwischen auch in den Medien gefragter Zeitzeuge. Für seine Aufbauleistung in der Landtagsverwaltung, seine länderübergreifenden Aktivitäten als Sprecher der Landesparlamente beim Aufbau eines gemeinsamen Informationssystems der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Länder wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz und dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. Eyckers gilt als der Vater der deutschen Parlamentsarchive in der Zeit nach 1945 und ist der Initiator vieler bundesweiter Vereinheitlichungen bei den verschiedenen Parlamenten – angefangen beim Dokumentationsverfahren über Parliamentshandbücher bis zur Gestaltung von Drucksachen. Er ist Gründer und war langjähriger Vorsitzender der Vereinigung der Parlaments- und Parteiarchive in Deutschland, der er als Ehrenvorsitzender weiterhin verbunden ist. Die Einführung einer parlamentsbezogenen flexiblen Arbeitszeit zu Anfang der 70er-Jahre bei der Landtagsverwaltung war allein auf seine beharrlichen Vorstöße zurückzuführen, mit denen er schließlich auch die parlamentarischen Gremien von der Notwendigkeit überzeugte, zeit- und aufgabengerechte neue Arbeitszeitmodelle in praktischer Anwendung zu untersuchen. Erst viele Jahre später sind die ersten Einrichtungen der Landesverwaltung diesem Vorreitermodell gefolgt. Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1983 ist Gerhard Eyckers aktiv wie eh und je und von bewundernswürter Vitalität. Wie könnte es da anders sein, dass man ihn immer wieder bei Recherchen und beim Studium zeitgeschichtlicher Dokumente im Landtag erleben kann. Am 9. Mai feiert Gerhard Eyckers seinen 80. Geburtstag.

F. P.

## Ingeborg Friebe begeht ihren 70. Geburtstag

### Erste Frau an der Spitze des Landtags

*Als engagierte Demokratin und erste Frau an der Spitze des Landtags ist Ingeborg Friebe in die Annalen eingegangen. Nicht nur auf landespolitischer Ebene war sie sehr erfolgreich, auch in ihrer kleinen Stadt Monheim hatte sie 21 Jahre als Bürgermeisterin das Sagen. Die „gelernte Rheinländerin“, wie sie von sich selber sagt, wurde am 20. April 1931 in Braunschweig geboren, 35 Jahre hat sie dort gelebt und war mit der Stadt eng verbunden. 1966 zog sie dann gemeinsam mit ihrem Ehemann Horst, der zum Bundesgeschäftsführer einer DGB-Organisation berufen wurde, nach Monheim am Rhein.*



Ingeborg Friebe (SPD)

Für die engagierte Parlamentarierin stand nach 1945 eigentlich fest, mit Politik nichts anfangen zu können. In Kindheit und Jugend hatte sie gemeinsam mit ihrer Familie genug unter der Gewaltherrschaft des NS-Regimes zu leiden. Ihr Vater wurde als Kommunist im KZ ermordet, die Mutter von der Gestapo drangsaliert. Nach dem Krieg wollte sie dann doch mehr wissen über die Ursachen ihrer traumatischen Kindheitserlebnisse und büffelte in Abendkursen, denn als Kommunistentochter war ihr der Besuch einer höheren Schule nicht erlaubt, Englisch und Gesellschaftskunde und engagierte sich, ganz nach Familientradition, beim DGB. Dort arbeitete sie zunächst in der Rechtsschutzabteilung und wurde 1950 zur Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Niedersachsen gewählt. Danach folgte jedoch eine längere Auszeit, denn „eines geht nur, entweder Mutter zu Hause oder frei von allem im Beruf!“, wie sie selber betonte. Erst als ihre beiden Kinder größer waren, nach 13 Jahren politischer Auszeit, wurde sie zunächst in der Kommunalpolitik für

die SPD, bei der sie seit ihrem 19. Lebensjahr Mitglied ist, wieder öffentlich aktiv. Bereits ein Jahr später (1967), gehörte sie dem Kreisvorstand an, wurde Mitglied des Parteirates (1970 bis 1975) und des Bezirksvorstandes Niederrhein (1970 bis 1976). 1969 übertrug man ihr ein Mandat im Gemeinderat der Stadt Monheim, in welcher sie bereits sieben Jahre später zur ehrenamtlichen Bürgermeisterin gewählt wurde. Schon ein Jahr zuvor gelang ihr als frischgebackene Landtagsabgeordnete ein Coup, der sie in Monheim zur „Mutter Courage“ werden ließ: Die sozialliberale Landesregierung hatte eigentlich schon die Zusammenlegung der Ortschaften Langenfeld und Monheim beschlossen, doch Ingeborg Friebe ging fraktionsübergreifend auf Stimmenfang und rettete in der entscheidenden Abstimmung per Hammelsprung im Landtag die Unabhängigkeit Monheims.

Die parlamentarische Arbeit lernte sie im Petitionsausschuss, in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit, Soziales und für Justiz kennen. 1985 wurde sie 2. Vizepräsidentin des Landtages und 1990 schließlich Landtagspräsidentin. Als Präsidentin zeigte sie Sinn für Kunst und Geschichte und ließ vor dem Eingang des Plenarsaals ein riesiges Nagel-Relief von Günther Uecker installieren. Die alljährliche Veranstaltung „Kinder im Parlament“ ging ebenso auf ihre Initiative zurück, wie die eindringliche Gedenkveranstaltung anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz.

Den Parlamentsablauf versuchte sie stets sachgerecht und unabhängig zu managen und pochte im Ältestenrat unerbittlich auf ihre Kompetenz. Ihre Aufgabe als Präsidentin sah sie vor allem darin, „Brücken zu bauen“ und Vorwürfe einer Bevorzugung der eigenen Partei kränkten sie. Ihre politische Karriere sagt sie, verdanke sie nicht ihrem Geschlecht. Zu radikalen Feministinnen hatte und hat sie kein Verhältnis, ihre politische Philosophie ist sozusagen „rationell“. Sie sei überzeugt davon, dass die Frauen in der Politik „nur was mit den Männern zusammen“, erreichen könnten oder gar nicht, stellte sie fest.

Nach der noch von ihr mit eigenem Engagement verfolgten Reform der Gemeindeordnung, legte Ingeborg Friebe 1997 das Amt der ehrenamtlichen Bürgermeisterin nieder, fühlte sich jedoch noch weitere zwei Jahre als stellvertretende Bürgermeisterin den Monheimern verpflichtet. Am 20. dieses Monats wird Ingeborg Friebe 70 Jahre und nach 20 Jahren Landtagsarbeit und 23 Jahren politischer Tätigkeit in Monheim, befindet sie sich zwar im verdienten Ruhestand, doch so ganz hat sie sich nicht zurückziehen können. In Monheim setzt sie sich auch heute noch für Kunst und Historie ein. Christian Köster

## SPD-Fraktion

### NRW ist Vorreiter mit umfassender Polizeireform

Nach zehnjähriger Diskussion nahm jetzt die Einführung der zweigeteilten Laufbahn in der Polizei auch die parlamentarische Hürde. „Nordrhein-Westfalen ist das erste Bundesland, das eine so umfassende Polizeireform auf den Weg bringt“, erklärte Jürgen Jentsch, innenpolitischer Sprecher der SPD im Landtag. Bereits jetzt gehören 78 Prozent der Beamtinnen und Beamten dem gehobenen Dienst an. Von daher werde nun auch die Kienbaum-Studie von 1991, die der Polizei entsprechende Fähigkeiten wie Einfühlungsvermögen, Konfliktstabilität, Flexibilität, Entschlossenheit und Einsatzbereitschaft be-

scheinige, umgesetzt. „Einhergehen mit dieser Strukturveränderung wird auch eine inhaltliche Reform, die sich auf die Ausbildung in der Fachhochschule der öffentlichen Verwaltung bezieht“, teilte Jentsch mit. So würden künftig durch zwei Einstellungstermine die Einrichtungen besser als bisher ausgelastet.

Jentsch: „Mit unserer Reform – die natürlich nur in mehreren Jahresschritten zu bewältigen ist – bleibt NRW Vorreiter für eine moderne Polizei, die sich an Bürgerrechten orientiert. Wir begrüßen, dass uns die Gewerkschaften der Polizei ständig in diesem Entwicklungsprozess begleitet und unterstützt haben. Dabei haben wir immer wieder deutlich gemacht, dass weitere Forderungen, wie mehr Personal, während der Durchführungsphase nicht erfüllt werden können. Im Übrigen ist nicht die Masse, sondern die Qualität der zu leistenden Arbeit der entscheidende Aspekt polizeilichen Handelns. Dass wir im bundesweiten Abgleich auch hier die vorderen Plätze belegen, zeigt die Tatsache, dass von den 15 sichersten Großstädten ab-

lein 12 mit Bielefeld an der Spitze in NRW liegen.“

★

„Die Arbeit des Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverbandes (AAV) in Hattingen ist auch künftig sichergestellt.“ Das erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Dr. Bernhard Kasperek. Für die Finanzierung des AAV würden im Haushaltsjahr 2001 Landesmittel in Höhe von fünf Millionen Mark und langfristig zehn Millionen Mark pro Jahr zur Verfügung gestellt. Diese Gelder würden als anteilige Landesmittel für eine freiwillige Kooperation mit der Wirtschaft eingebracht. „Die Signale aus der Wirtschaft, sich finanziell an einer freiwilligen Lösung zu beteiligen, sind positiv“, teilte Kasperek mit. Entscheidend sei, dass die beteiligten Wirtschaftszweige im Rahmen einer freiwilligen und verbindlichen Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen die erforderlichen Mittel für den AAV langfristig bereitstellen. Mit dem AAV stehe Unternehmen und Kommunen ein kompetenter Partner für die Altlastensanierung zur Seite.

## CDU-Fraktion

### Windkraft zunehmend in Kritik – CDU will Konflikte abbauen

Angesichts wachsender Bürgerproteste drängt die CDU-Landtagsfraktion auf ein Handlungskonzept der Landesregierung in Sachen „Windkraft“. „Die Sorgen von Bürgern, die sich in stark anwachsenden Protesten gegen den Bau neuer Windkraftanlagen besonders im Münsterland, in Ostwestfalen, am Niederrhein, im Erftkreis und der Eifel ausdrücken, hat die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag aufgegriffen und in einem umfangreichen Fragenkatalog an das Düsseldorf-Umweltministerium zusammengefasst. Diskussionen über den Bau immer größerer Windräder haben in den genannten Landesteilen hohe Wellen ge-

schlagen und zu ersten erhitzten Diskussionen in kommunalen Räten und Ausschüssen und Auseinandersetzungen zwischen Nachbarkommunen geführt. Das Land muss jetzt endlich reagieren“, erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Hans Peter Lindlar.

Ausreichende Abstände, der Schutz vor Lärm, störenden Licht- und Schatteneffekten und vor Einsparung seien Mindestvoraussetzungen, um die Akzeptanz der Bürger für die Windenergie zu erhalten. „Wir wollen deshalb die wirtschaftlichen und umweltpolitischen Interessen an der Windkraftnutzung mit dem vorbeugenden Schutz von Mensch, Natur und Landschaft vereinbaren“, so Lindlar. Das Hohn-Ministerium soll dem Umweltausschuss des Landtags Vorschläge zur Beratung vorlegen, die den Bedenken der Bürger Rechnung tragen.

Gründe für die wachsenden Proteste sieht die CDU-Landtagsfraktion in den immer größer werdenden Windenergieanlagen (WEAs). Von anfänglich 0,5 – 0,85 MW-Leistung sind die Anlagen inzwischen auf

1,5–3 MW gewachsen, und die nächste Generation mit 5 MW wird mit Hochdruck zur Produktionsreife getrieben. Entsprechend gewachsen sind die Durchmesser der Flügel und die Höhe der Gesamtbauwerke, von bis zu 180 Metern. Darüber hinaus geht der Trend beim Bau der Windkraftanlagen weg von der Einzelanlage zu Gruppenanlagen und ganzen Windparks. „In deren Projektion und Bau haben sich längst kapitalstarke Investoren einschließlich großer Konzerne wie Krupp-Thyssen eingeschaltet, was deutlich zeigt, dass durch die Garantie der Stromspeisevergütung von gut 17 Pfennig/Kwh durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der Bundesregierung mit WEAs offensichtlich richtig Geld zu verdienen ist“, erklärte Lindlar.

„Wenn nicht gehandelt wird, steht die Akzeptanz für die Windkraft in NRW insgesamt in Frage. Es muss wissenschaftlich überprüft werden, wie die politischen Rahmenbedingungen eine nachhaltige Nutzung der Windenergie unter gleichrangiger Berücksichtigung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Belange sicherstellen“, so Lindlar abschließend.

## FDP-Fraktion

### Kommunen brauchen mehr als eine Milliarde Mark zusätzlich

Mit Blick auf die Warnung des Städtetages vor einem finanziellen Kollaps der Kommunen hat der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Dr. Ingo Wolf mehr als eine Milliarde Mark zusätzlich für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen gefordert. Seit Jahren verweigere die rot-grüne Landesregierung den Gemeinden, Städten und Kreisen einen auskömmlichen Anteil an den staatlichen Einnahmen. „Im Jahre 2001 erhält die kommunale Ebene statt 15 Milliarden Mark nur 14 Milliarden Mark und

damit genau eine Milliarde Mark zu wenig. Die Bürger müssen dieses Defizit vielerorts mit maroden Schulbauten, notdürftig geflickten Straßen und ständig steigenden Steuern und Abgaben bezahlen“, so Wolf. Bildlich gesprochen verhalte sich das Land „so wie Rabeneltern, die sich zunächst einmal einen Kurztrip nach Mallorca genehmigen, um dann festzustellen, dass für ihre Kinder das Geld für den Schulranzen oder für den Wintermantel fehlt. Die FDP widersetzt sich entschieden der Gönnmentalität, mit der die rot-grüne Landesregierung den Kommunen die Mittel zuweise. „Die Gemeinden sind die Keimzelle staatlichen Handelns für den Bürger, sie erleben die Kritik der Menschen hautnah und lassen die Finanznot für die Bürger unmittelbar und persönlich spürbar werden.“ Es sei unerträglich, dass das Land den Kommunen allein rund 650 Millionen Mark vorenthalte, um

damit seine eigenen staatlichen Aufgaben im Bereich der Asylbewerberversorgung und der gegen den Willen der Kommunen verstaatlichten Straßenbauverwaltung zu bezahlen, kritisierte Wolf. Die FDP fordert daher die Beseitigung der ungerechtfertigten Bereicherung und zusätzlich eine 500 Millionen Mark-Soforthilfe des Landes zur Bedarfsdeckung im Bereich der schulischen Infrastruktur. Außerdem soll den Bürgern in den Städten und Gemeinden mit zusätzlich mehr als einer Milliarde Mark geholfen werden. Wolf: „Damit erweist sich die FDP als die einzig wahre Kommunalpartei, weil sie auf eine neue Prioritätensetzung im Landeshaushalt zugunsten von Bildung, Verkehr und Gemeindefinanzierung baut.“ Umso bedauerlicher sei es, dass die Regierungsparteien, vor allem aber die CDU, nicht den Mut gefunden hätten, die Anträge der FDP zu unterstützen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Kommunen sollen selbst über Sperrzeiten entscheiden

Bürokratische Hemmnisse abbauen: Die Sperrzeitenregelung in Nordrhein-Westfalen stellt sich im bundesweiten Ländervergleich als restriktiv dar. Die allgemeine Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungstätten beginnt um 1 Uhr und endet um 6 Uhr. Allgemeine Ausnahmen sowie Ausnahmen für einzelne Betriebe können unter bestimmten Voraussetzungen durch die örtlichen Ordnungsbehörden zugelassen werden.

In der Landtagsdebatte um die Sperrstunde im nordrhein-westfälischen Gaststättengesetz kommt der weitestgehende Vorschlag aus der GRÜNEN-Fraktion: Den Kommunen soll gestattet werden, in eigener Zuständigkeit Sperrzeiten festzusetzen. Damit kann eine Stadt auch völlig auf Sperrstunden verzichten. Gebührenpflichtige Ausnahme genehmigungen, wie sie jetzt noch üblich sind, gehören dann der Vergangenheit an.

Nach § 18 des Gaststättengesetzes kann das Land auf die Festsetzung einer landesweit einheitlichen allgemeinen Sperrzeit verzichten.

Gleichzeitig warnt die GRÜNE-Fraktion davor, die Sperrzeiten landesweit auf eine Stunde zu reduzieren und ansonsten alles beim Alten zu lassen. Damit würden die Kommunen und mit ihnen die Bürgerinnen

und Bürger in der Auseinandersetzung um die Nachtruhe unnötig geschwächt. Am Ende müsste in jedem Einzelfall vor den Verwaltungsgerichten um eine verlängerte Sperrzeit geklagt werden. Durch die zu erwartenden Verfahren würde auch den Gastwirten kein Gefallen getan.

Angesichts der veränderten Freizeitgewohnheiten und der vielfältigen konkurrierenden Interessen in diesem Zusammenhang können die Kommunen viel besser den Ausgleich zwischen den Gaststättenbetreibern und den Anwohnern herstellen. Dieses kann unbürokratisch und flexibel vor Ort geschehen und muss nicht zentral von Düsseldorf aus geregelt werden.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



Die Gesandtin und Leiterin der Außenstelle der Botschaft der Tschechischen Republik in Bonn, Dipl.-Ing. Jaroslava Keslinková, hat dem Landtag einen Antrittsbesuch abgestattet und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfangen worden.

Foto: Schälte

## Zukunft des Archivwesens

Mit rasanten Entwicklungen vor dem Hintergrund der neuen Medien- und Informationsgesellschaft sieht der CDU-Abgeordnete Michael-Ezzo Solf die staatlichen Archive in NRW konfrontiert. Die Kleine Anfrage 240 (Drs. 13/652) beschäftigte sich mit der Zukunft des Archivwesens im Ministerium für Städtebau und Wohnen. Minister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) antwortete, die dortige Stelle des in Kürze ausscheidenden Referenten für Archivfragen werde zum frühestmöglichen Zeitpunkt wieder besetzt. Derzeit berate die Landesregierung darüber hinaus, mit welchen Maßnahmen das nordrhein-westfälische Archivwesen auf die neuen Anforderungen vorbereitet werden könne.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
 8 84 30 22  
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender  
 Pressesprecher des Landtags  
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),  
 Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt  
 MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
 Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamen-  
 tarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel  
 MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführ-  
 er; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;  
 Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael  
 Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher  
 (GRÜNE), Pressesprecher.  
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-  
 lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
 ISSN 0934-9154  
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>  
 LANDTAG INTERN wird auf umweltchonend her-  
 gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Der Mann ist ein Hüne. Früher, als Handballer in Verbandsliga- und Uni-Teams, wird Wolfgang Roth mit seiner kräftig-großen Gestalt der Schrecken jeder Verteidigung gewesen sein.

Den Eindruck einer Sportskanone macht der 51-jährige SPD-Abgeordnete vom Niederrhein jedoch nicht, genauer: nicht mehr. Seit seinem Einzug in den Landtag im Frühjahr 2000 raucht Wolfgang Roth wieder Zigaretten. Aktiver Sport – das ist lange her. Roth sagt, es fehle ihm die Zeit dafür. Außerdem zwickt und zwackt es hier und dort. Er seufzt: „Die Bänder sind strapaziert, die Achillessehne ist lädiert.“ Wolfgang Roth ist kein gebürtiger Niederrheiner. Er stammt vom Vogelsberg in Hessen. Nach dem Studium in Marburg (Sport und Politik mit Abschluss Dipl.-Pädagoge) verließ er die Heimat, berufsbedingt. Beim Bildungswerk des Landessportbundes verband er politisch-pädagogisches mit sportlichem Interesse.

Wolfgang Roth, der mit einer Hessin verheiratet ist, fühlt sich wohl in seiner neuen Heimat Kamp-Lintfort. Zum Begriff „Heimat“ hat er ein emotionsloses Verhältnis: „Heimat ist dort, wo ich gerade bin, wo meine Familie lebt und wo es freundschaftliche Beziehungen gibt.“ Jedoch, wenn das Ehepaar Roth ins Hessische reist, sagen die beiden: „Wir fahren nach Hause.“

Wolfgang Roth ist ein Familienmensch. Das bisschen Freizeit, das dem Kommunal- und Landespolitiker bleibt, verbringt er gerne mit Frau und Sohn. Der Junge ist 17 Jahre alt. Er fährt noch mit den Eltern in Urlaub – zum Skilaufen in die Dolomiten und in diesem Sommer mit einem Campingbus an die französische Atlantikküste. Natürlich reizt einen Homo politicus wie MdL Roth auch die Bundespolitik. Aber nach Berlin in den Bundestag zu gehen, das würde er eher von sich weisen, wissend um den dauernden Pendelstress und negative Auswirkungen auf das intakte Familienleben fürchtend.

Ratsmitgliedschaft, SPD-Ortsvereinsvorsitz, Sprecheramt einer Elterninitiative zu Gunsten Behinderter in Kindergarten, Schule und Arbeitswelt – nicht einmal zum Lesen von Literatur kommt der Umtriebige, das Studium der Tageszeitung sowie fachbezogener Unterlagen scheint ihm zu genügen. Roth bezeichnet sich als einen Traditions-Sozialdemokraten. Das wird man in Kamp-Lintfort, wo noch Bergbau betrieben wird und die Orts-SPD stark von Industrie- arbeitserschaft geprägt ist, gerne hören. Auf die Frage, ob er, der Lehrersohn, einem jungen Mann, der Bergmann werden möchte, heute noch zuraten würde, zögert Roth einen Moment: „Das ist schwierig zu beantworten.“ Einerseits gebe es Perspektiven für den Bergbau, andererseits wisse man nicht, was in zehn, zwanzig Jahren sei, wie die Unter-



Wolfgang Roth (SPD)

nehmen dann entschieden und welche Schachanlagen überhaupt noch offen seien. Fazit: „Ich würde den jungen Mann fragen, ob beruflich nicht doch noch etwas anderes in Frage käme.“

Wolfgang Roth plädiert dafür, den Strukturwandel in den Bergbauregionen zu fördern. Dazu zitiert er Johannes Rau: Aus dem Land von Kohle und Stahl müsse das Land mit Kohle und Stahl werden. Der Abgeordnete versteht sich als einen Politiker der handfesten Tüchtigkeit. Er will anpacken, anschieben, gestalten, Konzeptionen erarbeiten. Reines Theoretisieren ist ihm suspekt, purer Aktionismus indes ein Greuel: „Was man tut, muss gut durchdacht sein.“

Zur SPD fand Roth 1976, als Helmut Schmidt in Bonn Kanzler war. Roths Sympathien lagen damals bei Willy Brandt. Niemals ist ihm der Gedanke an einen Parteiwechsel gekommen, auch wenn er so etwas nicht per se für anrühlich hält. Roth ist ein offener, gesprächsbereiter Mann, der um Menschen mit anderen politischen Überzeugungen keinen Bogen macht. Der Landtags-Neuling fühlt sich gut eingesetzt und aufgenommen im Parlament. Wolfgang Roth ist einer von den Staatsbürgern, die ihre Pflicht für die Partei und das Gemeinwesen gerne tun und die auch privat nicht zur Leichtlebigkeit neigen. Roths gesunde Wurzeln liegen in einem hessischen Dorf, wo er im November 1949 geboren wurde und wo in der Nähe der Vater in der Zwergschule acht Volksschulklassen in einem Raum unterrichtet hatte. „Eine pädagogische Meisterleistung“, so lobt Sohn Wolfgang seinen Alten Herrn.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 4. April bis 7. Mai 2001

4. 4. **Gabriele Sikora** (SPD), 51 J.  
 4. 4. **Cornelia Tausch** (SPD), 35 J.  
 5. 4. **Dr. Stefan Romberg** (FDP), 32 J.  
 7. 4. **Barbara Wischermann** (CDU), 57 J.  
 8. 4. **Manfred Kuhmichel** (CDU), 58 J.  
 10. 4. **Professor Dr. Gerd Bollermann** (SPD), 52 J.  
 11. 4. **Andrea Milz** (CDU), 38 J.  
 14. 4. **Annette Breitbach-Schwarzlose** (SPD), 49 J.  
 16. 4. **Elke Talhorst** (SPD), 56 J.  
 17. 4. **Gisela Ley** (SPD), 61 J.  
 20. 4. **Lothar Hegemann** (CDU), 54 J.  
 21. 4. **Anne-Hanne Siepenkothen** (CDU), 52 J.  
 23. 4. **Monika Düker** (GRÜNE), 38 J.  
 23. 4. **Charlotte Kann** (SPD), 64 J.  
 24. 4. **Dr. Jens Jordan** (FDP), 58 J.
2. 5. **Dr. Jana Pavlik** (FDP), 54 J.  
 5. 5. **Hardy Fuß** (SPD), 46 J.  
 6. 5. **Antonius Rösenberg** (CDU), 58 J.  
 7. 5. **Dr. Hans Kraft** (SPD), 54 J.  
 7. 5. **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP), 53 J.

★

**Gisela Ley** (SPD), Landtagsabgeordnete, hat gemeinsam mit dem Lions Club Leichlingen – Löwen von Berg – unter der Überschrift „Brillen für Entwicklungsländer“ eine Hilfsaktion für Regionen der Dritten Welt initiiert. Die Politikerin stellt in einem Aufruf fest, die Mithilfe bei der Brillensammlung bringe Licht für die Menschen der Dritten Welt, und sie ruft zur Mithilfe auf, gebrauchte Brillen, Brillengläser und Brillengestelle für Sehbehinderte zu sammeln. Die gesammelten Brillen würden vermessen und repariert. Lions International übernehme den Transport.

★

**Hermann-Josef Arentz** (CDU), Landtagsabgeordneter, bleibt Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Nordrhein-Westfalen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag ist auf einem Delegiertentag in Kleve mit 90,7 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt worden. Arentz gilt auch als designierter Bundesvorsitzender der CDA.

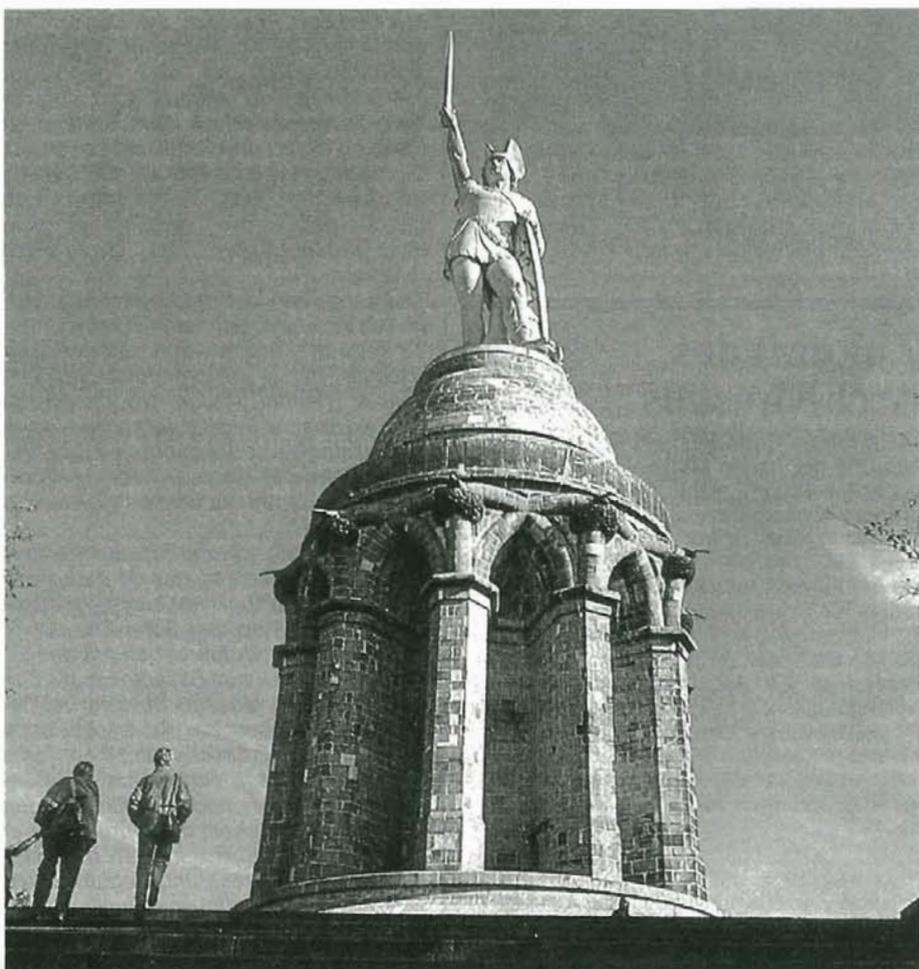
★

**Ferdinand Esser**, Landesdirektor des Landschaftsverbandes Rheinland, ist in den Ruhestand verabschiedet worden. Gleichzeitig wurde sein Nachfolger **Udo Molsberger**, bisher Finanzdezernent des Verbandes, in sein Amt eingeführt.

### Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 3. Mai, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 03 des Landtagsgebäudes statt. Am Tag vorher, 2. Mai, ist von 16 bis 18 Uhr Stammtisch mit den Repräsentanten der Kirchen im Restaurant des Landtags.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Hermann's kleiner Bruder in New Ulm

Auf der Grotenburg, einem 386 Meter hohen Berg südwestlich von Detmold im Lipperland erhebt er sein Schwert gen Himmel: Arminius, der Cheruskerfürst. Das Hermannsdenkmal in Hiddesen steht für die Schlacht im Teutoburger Wald im Jahre 9 n. Chr., bei der die Römer eine entscheidende Niederlage erlitten. Bisher haben über 20 Millionen Menschen das Monument (Bild) besucht, das im vergangenen Jahr 125 Jahre bestand. Und nicht nur Deutsche, selbst aus den USA kommen immer wieder neugierige Touristen, vor allem aus dem mittleren Westen, aus Minnesota, wo heute noch die meisten deutschstämmigen Bewohner zu Hause sind. In New Ulm im Staat Minnesota gibt es sogar einen kleinen, 31 Meter hohen Bruder des Hermannsdenkmals, gesponsert von der Loge der „Hermann's Söhne“, einer Vereinigung amerikanischer Bürger deutscher Abstammung. Der deutsch-amerikanische Architekt Julius Berndt sah sein Lebenswerk darin, die Verbindung zu seinem Mutterland kulturell durch die Errichtung dieses Monuments zu erhalten. Es wurde 1997 fertiggestellt. Das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald ist in den Jahren von 1838 bis 1875 durch Ernst von Bandel erschaffen worden, einem renommierten Architekten und Bildhauer, der schon in München durch König Ludwig I. von Bayern Förderung erfahren hatte. Bandel war beseelt von der Idee eines einigen deutschen Vaterlandes, ihn beschäftigte der Gedanke eines großen Nationaldenkmals, das dann mit der stolzen Höhe von über 53 Metern am 16. August 1875 im Beisein von Kaiser Wilhelm I., des lippischen regierenden Fürsten Leopold III. und anderer Honoratioren eingeweiht wurde. Für die Besucherinnen und Besucher heute ist aber nicht nur das Denkmal ein Anziehungspunkt, immer mehr Leute lockt es in die Ferien- und Gesundheitsregion Lippe. Alte Hansestädte und die Weserrenaissance lassen sich entdecken. Zahlreiche Ortschaften weisen noch ihren historischen Ortskern aus.